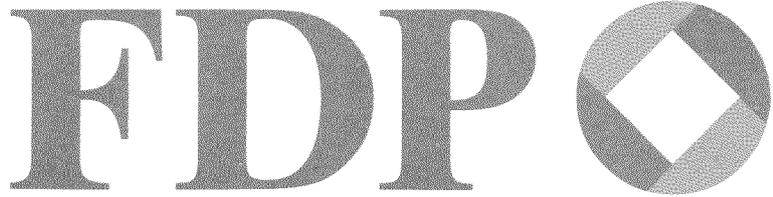


10563



AZB 3001 Bern
Schweizerische Landesbibliothek
Müllwilerstrasse 15
3003 Bern
/FDP SZ

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Nr. 11 November 2002

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	---	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

24. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt



Fraktionspräsidium

Groupe Latin schlug Fulvio Pelli vor.

2

Franz Steinegger signiert

Die Expo-Bücher werden vom Präsidenten signiert.

3

Die erste NR-Liste steht

Das Bündner Futuro-Team hat bereits nominiert.

4



Expo.02: Es hat sich gelohnt

Ein Loblied wider die Miesepeter

Der freisinnige Pressedienst druckt selten Loblieder ab. Dieses eine Mal muss es aber sein. Man stelle sich vor, was die Schweiz ohne diese Landesausstellung verpasst hätte. Heute muss man feststellen: Das Abenteuer hat sich gelohnt. Und es haben sich so ganz nebenbei die Grundzüge eines weltoffenen Patriotismus und eines neuen Selbstvertrauens gebildet. Nach der Selbstkasteiung der neunziger Jahre kann unser Land, durch die Expo mental gestärkt, die Herausforderungen der nächsten Jahre angehen.

Von FDP-Generalsekretär Guido Schommer, Bern

Oktober 1999: Das Projekt Expo.01 steht nach mehreren Jahren der Vorbereitung auf des Messers Schneide. Jahrelanges Missmanagement auf stra-

tegischer und operativer Ebene, jahrelanges freundliches Desinteresse der Politik haben der Landesausstellung keine grosse Überlebenschance gelassen. Völlig illusorische Einnahmenbudgets wurden zuvor von fast allen Parteien im Parlament beden-

kenlos genehmigt. Das Comité Stratégique unter Leitung von Francis Matthey (SP) und Elisabeth Zölich (SVP) ist 1999 nicht in der Lage, das Steuer herumzureissen. Der Schweiz als Willensnation droht die grosse Peinlichkeit: Wochenlang sieht es so aus,

als ob dieses Land nicht einmal mehr eine Expo zustande bringt. Es braucht den Über-Mut zweier Bürger aus Kultur (Martin Heller) und Politik (Franz Steinegger), das ungeliebte Kind aus der Krise zu führen und es doch noch zu versuchen. Sie fanden später viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Zahlreich sind die Stimmen, die 1999 mit mehr als nur einer Spur Zynismus viel Glück zu diesem Abenteuer wünschen.

Fortsetzung auf Seite 2



Der Kleinbetrieb

Das Wachstumspapier aus Sicht der Unternehmerin.

12

Anzeige

Innotherm

Öl-Kondensationsheizungen erreichen einen Wirkungsgrad von 103%.

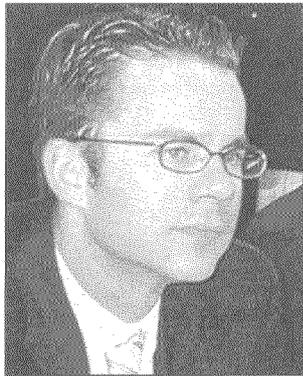
INNOTHERM

Innotherm AG - Talackerstr. 14 - 8274 Tägerwilten
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

Fortsetzung von Seite 1

Volk hat mit den Füssen abgestimmt

Mai 2002: Als Expo.02 neu geboren, öffnet die Landesausstellung ihre Tore. Form und Inhalt überzeugen das Publikum. Ausländische Ausstellungsmacher lassen sich Konzept und Ausführung zeigen, um davon zu lernen. Bereits werden im Parlament Vorstösse eingereicht (Karl Tschuppert), welche die Finanzierung der nächsten Expo sichern sollen – damit auch die nächste Generation diese wunderbare Erfahrung machen kann. Die Expo schafft den schwierigen Balanceakt zwischen künstlerischem Anspruch und Volkstümlichkeit, zwischen den ästhetischen Höhenflügen des Monolithen und den



Guido Schommer

Schwyzerörgeli-Konzerten auf den Arteplages scheinbar mühelos. Da und dort hätte man gerne noch etwas mehr gestaunt, etwas mehr gelernt, wäre auch durchaus noch etwas mehr provoziert worden. Insgesamt aber bleibt der überragende positive Gesamteindruck. Rund zehn Millionen Besucherinnen und Besucher haben sich diese – ihre Landesausstellung – nicht nehmen lassen. Selbst die ärgsten Argwöhner konnten den Erfolg nicht mehr ignorieren und mussten unter medialem Begleitschutz an den Ort des Geschehens. Das Volk hat mit den Füssen abgestimmt und sich vor Ort ein eigenes Bild des Schweizerseins gemacht. Das Publikum lässt sich die Expo nicht auf eine buchhalterische Fingerübung reduzieren. Die Restfrustration der Nörgler wird nun statt über den Inhalt über die Buchhaltung abgebaut.

Kollektiver Erinnerungsschatz

Oktober 2002: Die Expo.02 geht zu Ende. Viele hätten gerne noch dies oder das besucht, wollten das eine oder andere noch einmal erleben. Es stellt sich so etwas wie Wehmut ein, dass es schon wieder fertig ist.

Was bleibt, ist im Moment sehr schwer zu sagen. Die Schweiz hat keine Königshäuser und führt Gott sei Dank keine Kriege. Sie muss sich ihre Identität, ihren Zusammenhalt und ihre direkte Demokratie auf andere Weise erarbeiten: Zum Beispiel mit Hilfe einer Landesausstellung, welche die Bürgerinnen und Bürger zusammenführt, gemeinsame Erlebnisse schafft. Viele Schweizerinnen und Schweizer sind stolz darauf, dass ihr Land mit ihrem (vielen) Geld solche Begegnungen und diesen kollektiven Erinnerungsschatz ermöglicht hat.

Mental gestärkt

Was haften bleibt, wird man erst in ein paar Monaten richtig bewerten können. Dies wird auch die Zeit sein, wo man sich wird

daran erinnern dürfen, wer diese Expo ermöglicht hat und wer sie bis zuletzt zu sabotieren versuchte. Tatsache ist, dass die Expo auf zeitgemässe Art den weltoffenen Patriotismus gestärkt hat. Vielerorts sind Ansätze zu einem neuen, gesunden Selbstvertrauen entstanden. Nach Jahren des schlechten Gewissens und des überstärkten Selbstzweifels hat die Normalisierung des Verhältnisses der Bürgerinnen und Bürger zum eigenen Land eingesetzt. Die Selbstkasteiung (Holocaust-Debatte, EWR-Nein) und der politische Korrektivismus der neunziger Jahre sind endlich überwunden. Damit kann unser Land, mental gestärkt, die grossen politischen Herausforderungen der Gegenwart angehen: die wirtschaftliche Stagnation, die demo-

graphische Bombe, der ungebremste Anstieg der Kosten der Sozialwerke, die Verteidigung grundlegender Rechtsprinzipien wie die Freiheitsrechte oder den Schutz der Privatsphäre.

Etwas zutiefst Freisinniges

Die Expo.02 hat etwas zutiefst Freisinniges: Unter Inkaufnahme grosser Risiken haben sich beherzte Bürgerinnen und Bürger eines nationalen Projekts angenommen, das aussichtslos schien. Sie haben den Sanierungsfall Expo.01 angepackt und aus der Krise geführt. Sie haben sich die Freiheit genommen, Verantwortung zu übernehmen. Besten Dank! Drei Jahre nach jenem struben Oktober 1999 muss man feststellen: Es hat sich gelohnt. ■

Impressum

Schweizer Freisinn

24. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70 800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

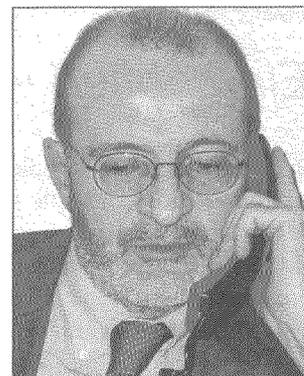
Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Präsidium der FDP-Fraktion

Groupe Latin schlug Fulvio Pelli als Kandidaten vor

Am Sonntag, 20. Oktober, lief die Eingabefrist für die Kandidaturen für die Nachfolge von Ständerätin Christine Beerli an der Spitze der FDP-Fraktion ab. Kandidat ist der Tessiner Nationalrat Fulvio Pelli.



Fulvio Pelli

Mit der Wahl Pellis würde dem Prinzip Rechnung getragen, dass das Fraktionspräsidium jeweils abwechselnd in deutschschweizerischer und lateinischer Hand ist. Die Wahl um das Fraktionspräsidium findet am Samstag,

16. November, im Rahmen der vorseSSIONSALen Fraktionssitzung statt. Der 51-jährige Pelli ist verheiratet und Vater von drei

erwachsenen Töchtern. Der Anwalt und Notar (Dr. iur.) ist seit 1995 Mitglied des Nationalrats. Zuvor war er Mitglied im Tessiner Kantonsparlament. Pelli ist unter anderem Mitglied des Büros des Nationalrats und Vizepräsident der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Von 1988 bis 2000 war er Präsident der Tessiner FDP. Zurzeit ist Fulvio Pelli Vizepräsident der FDP-Fraktion. Die Wahl für das Fraktions-Vizepräsidium findet in der Wintersession statt. ■

Alte Schatten – neue Schatten

Als schweizerischer Botschafter in den USA



Den Begriff und die Entwicklung der Krise um die nachrichtenlosen Konten, die belasteten Beziehungen zwischen den USA und der Schweiz, die Sturmwarnungen, die er vergeblich an die Zentrale der Schweizer Diplomatie sandte, und seinen Rücktritt als schweizerischer Botschafter in den USA zeichnet Carlo S. F. Jagmetti in diesem Bericht, der gleichzeitig seine persönliche und die staatspolitische Geschichte enthält, mit Akri-

bie auf. Ein Vorwort von Ständerat Bruno Frick und ein Nachwort des Historikers Thomas Maissen stellen die Ereignisse in einen zeitgeschichtlichen Zusammenhang.

Carlo S. F. Jagmetti
Alte Schatten – neue Schatten
 Zeitzeuge in den USA 1995–1997
 192 Seiten, Abbildungen, Format 15x22 cm, broschiert, Fr. 38.–
 NZZ-Buchverlag

Carlo S. F. Jagmetti

Dr. iur., Rechtsanwalt, 35 Jahre im diplomatischen Dienst. Stationen in Bern, Rom, London, Saigon, Genf, Botschafter in Südkorea, bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, in Frankreich und in den USA.

Aktion für die «Freisinn»-Leser!

Das Buch zur Expo.02

Wer das Buch über die Redaktion des «Schweizer Freisinn» bestellt, erhält ein von Franz Steinegger persönlich signiertes Exemplar!
 Bestellungen bitte an schlaepfer@fdp.ch oder Fax 031 320 35 00



«ImagNation» ist das offizielle Buch der Schweizerischen Landesausstellung Expo.02 (15. Mai bis 20. Oktober 2002). Auf insgesamt 308 Seiten werden die Architektur der Artepales im Drei-Seen-Land, die Ausstellungen mit ihren Pavillons sowie Events in Wort und Bild vorgestellt. Im Zentrum stehen die 40 Ausstellungen: Auf 146 Seiten werden sie jeweils mit einem kurzen Einleitungstext und einem grosszügigen Bildteil präsentiert. Zudem haben Persönlichkeiten und Fachleute aus dem Kulturleben, der Politik und der Wissenschaft Texte zu den Themen der Ausstellungen geschrieben. Entstanden ist eine vielfältige und eigenständige Gesamtschau der Expo.02 – so vielfältig und eigenständig wie die Expo.02 selbst.

ImagNation – Das offizielle Buch der Expo.02
 Herausgegeben von der Expo.02
 308 Seiten, 500 Abbildungen, Format 23 x 28 cm, gebunden, Fr. 70.–

Erhältlich in jeder Buchhandlung

NZZ Buchverlag

PRESTELLEUNG Name/Vorname _____
 Bitte senden Sie mir mit Rechnung: Strasse/Nr. _____
ImagNation PLZ/Ort _____
 Das offizielle Buch der Expo.02 Datum/Unterschrift _____
 Fr. 70.– (+ Versandkosten)

Neue Zürcher Zeitung, Buchverlag
 Postfach, 8021 Zürich
 Telefon 01 258 15 05, Fax 01 258 13 99
buch.verlag@nzz.ch
www.nzzbuchverlag.ch

FDP-Futuro-Team-Nationalratsliste steht

Gelungener Wahlauftakt mit Regierungsrat Martin Schmid

Am Samstag, 19. Oktober 2002, also genau ein Jahr vor dem Wahltermin für die Nationalratswahlen 2003, fand auf Brambrüesch der Wahlauftakt des FDP-Futuro-Teams statt.

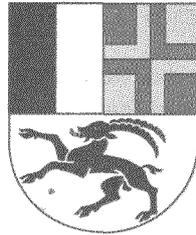
Von Silvio Zuccolini,
Pressechef
FDP Graubünden



Silvio Zuccolini

Gespannt war man auf die Namen der FDP-Futuro-Liste, die vom ebenfalls anwesenden Regierungsrat Martin Schmid vorgestellt wurde. Mit grosser Freude wurde festgestellt, dass das junge Team der FDP Graubünden auf ihrer Nationalratsliste mit einer Frau aufwarten kann. Auf

sympatische Art und Weise gaben die einzelnen Kandidaten(-innen) Statements ab, wie sie nun in den folgenden 365 Tagen gedenken, den Wahlkampf zu gestalten und zu führen. Im Sinne ihrer liberalen



Grundhaltung orientieren sich die Futuro-Kandidaten(-innen) an Werten wie: der Würde des Menschen, der persönlichen Freiheit, der Verantwortung gegenüber Mitwelt und Nachwelt, der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt, der gelebten und lebendigen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft. Diese Grundwerte sollen Richtschnur sein für das politische Programm des FDP-Futuro-Teams.

Die Namen der FDP-Futuro-Nationalratsliste, die dann noch von der FDP-Delegiertenversammlung zusammen mit der FDP-Liste abgeseget werden muss, sind: Ladina Nick aus Igis, 20-jährig, Christian Rathgeb, Rhäzüns, 32-jährig, Jann Hartmann aus Chur, 32-jährig, Arno Lombardini, 30-jährig aus Andeer und Erich Putzi, 33-jährig aus Laax.

Die ebenfalls anwesenden Mitglieder der FDP-Geschäftsleitung, Fraktionschef Grossrat Thomas Casanova, Grossrat Florian Juon (zusätzlich als Vertreter des FDP-Supporter-Clubs) und der FDP-Pressechef, Silvio Zuccolini, sowie als Vertreterin der FDP-Frauen die Davoser

Grossrätin Vroni Christ und Philipp Schauer von der Jungen FDP freuten sich über die frühe Präsentation der Futuro-Nationalratsliste mit einem Durchschnittsalter von unter 30 Jahren und den gelungenen Wahlauftakt.

«Sicherheit auch morgen!»

JA zur Revision der Arbeitslosenversicherung

www.fdp.ch

FDP

Freiheit und Verantwortung.

Positionierung des FDP-Futuro-Teams und Sachpolitische Inhalte

Im Sinne unserer liberalen Grundhaltung orientiert sich unser Denken und Handeln an den folgenden Werten:

- der Würde des Menschen
- der persönlichen Freiheit
- der Verantwortung gegenüber Mitwelt und Nachwelt
- der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt
- der gelebten und lebendigen Demokratie
- der sozialen Marktwirtschaft

Diese Grundwerte bilden die Richtschnur für unser politisches Programm, welches sich schwerpunktmässig der nachstehenden Themen annimmt (Aufzählung nicht abschliessend):

Wir setzen uns für Wohlstand, Wachstum und eine soziale Marktwirtschaft ein. Dazu ist die Schaffung von mehr Wettbewerb eine zentrale wirtschaftliche Aufgabe. Der Mittelstand sowie die kleinen und mittleren Unternehmen bilden das Rückgrat der Bündner Wirtschaft.

Sie gilt es zu stärken und gleichzeitig Neugründungen von Unternehmen gezielt zu erleichtern und die Standortbedingungen zu verbessern. Insbesondere ist es uns ein Anliegen, dass verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen sowohl den Unternehmungen als auch dem einzelnen Bürger zugute kommen und in allen Regionen Grunddienstleistungen (Post, Telekom, Energie) in guter Qualität und zu vernünftigen Preisen verfügbar sind. Der Tourismus als wichtigster Wirtschaftszweig Graubündens ist zu fördern und gezielt, im Sinne der Nachhaltigkeit, auszubauen.

Damit diese ehrgeizigen Ziele erreicht werden können, ist es eine Grundvoraussetzung, dass Köpfe und Hände leistungsfähig bleiben. So setzen wir uns für eine leistungsfördernde und wertevermittelnde Schuldbildung ein. Mit einem attraktiven Ausbildungsangebot sollen gut ausgebildete Arbeitskräfte dem Bündner

Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, was für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen entscheidend sein wird.

Den Energiestandort Graubünden gilt es zu festigen und zu fördern. Die Wasserkraft als umweltschonende und dosierbare Energiequelle stellt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in unserem Kanton dar und soll uns auch in Zukunft durch nachhaltige Nutzung zur Verfügung stehen.

Bei der Verkehrspolitik gilt es, die Schwierigkeiten, welche sich uns in Zukunft stellen werden, sicher und effizient zu bewältigen. Im Vordergrund stehen insbesondere die Bewältigung der Schwerverkehrsproblematik am San Bernardino sowie die verkehrsmässige Erschliessung von Randregionen.

Gemeinsam wollen wir unseren Kanton stärken und uns für unsere Ziele, Freiheit, Selbstverantwortung und Toleranz, mit all unseren Kräften einsetzen.

Gegen «Asylrechtsmissbrauch»

SVP-Initiative bringt Kantonen keine bessere Situation

Das Asylwesen ist Bundes Sache, doch der Vollzug liegt bei den Kantonen. Nachstehend die Beurteilung der SVP-Initiative aus der Sicht eines Kantons, mit Schwergewicht auf den Vollzug.

Von Regierungsrätin Karin Keller-Sutter, Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartementes des Kantons St. Gallen



Karin Keller-Sutter

Die zuständigen kantonalen Behörden im Asylbereich sind heute mit einer grossen Zahl von Problemen konfrontiert. Unsere Asylheime sind voll und ganz ausgelastet. Nicht nur die Zahl der neu dem Kanton zugewiesenen Asylsuchenden hat stark zugenommen. Gleichzeitig müssen wir immer mehr ehemalige Asylsuchende unterbringen, die laut Weisung des BFF oder der Asylrekurskommission die Schweiz eigentlich verlassen müssten, dieser Wegweisung aber nicht nachkommen können oder wollen. In den letzten Jahren hat der Aufwand der Kantone im Vollzugsbereich unaufhaltsam zugenommen. In den letzten Monaten hat sich die Vollzugsproblematik für die Kantone insofern verschärft, als sie vermehrt mit Personen (insbesondere afrikanische Nationalitäten) konfrontiert sind, deren Identität nicht bekannt ist und die demnach kaum in ihr Heimatland zurückgeführt

werden können. Die Erfahrung zeigt, dass es im Vollzug keine einfachen Lösungen gibt. Gäbe es diese tatsächlich, wie dies uns die SVP-Initiative glauben machen will, wären diese durch die Kantone und durch den Bund schon längst eingeführt worden. Die nachstehenden Ausführungen beschränken sich auf die Forderungen nach einer Drittstaatenregelung und nach einheitlichen Fürsorgeleistungen. Massnahmen also, die aus kantonaler Sicht Verbesserungen im Asylwesen bringen. Im Vordergrund steht dabei ein verschärftes Haftrecht.

Goodwill

Die Drittstaatenregelung fordert, dass auf Gesuche von Asylbewerbern, die über einen sicheren Drittstaat einreisen, nicht eingetreten wird. Diese Forderung scheint auf den ersten Blick plausibel. Nur

verkennt sie, dass das grosse Problem, mit dem die Kantone zu kämpfen haben, beim Vollzug der Wegweisung liegt. Die Initiative gibt keine Antwort darauf, wie eine ausländische Person in den Drittstaat gebracht werden soll. Kein Staat ist nämlich zur Übernahme einer ausländischen Person bereit, wenn lediglich behauptet wird, sie sei von dort gekommen. Entscheidend ist, dass mit dem sicheren Nachbarstaat ein Rückübernahmeabkommen besteht. (Die Schweiz hat mit der Republik Österreich ein Rückübernahmeabkommen. Gestützt auf dieses Abkommen hat der Kanton SG im Monat Sept. 23 Rückübernahmeersuchen gestellt; effektiv übergeben werden konnten lediglich 13 Personen. Obwohl ein Staatsvertrag vorhanden ist und wir ein sehr freundschaftliches Verhältnis zu Österreich pflegen,

war Österreich nicht einfach bereit, alle Asylsuchenden zurückzunehmen. Dies zeigt, dass die Drittstaatenregelung vom Goodwill der sicheren Drittstaaten abhängig ist). Auch müssen die Herkunftsstaaten dazu gebracht werden, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen wahrzunehmen. Ein Mittel hierzu sind ohne Zweifel Rückübernahmeabkommen. Derartige Verträge sind mit den Heimatstaaten der Asylsuchenden möglichst zahlreich abzuschliessen. Dies gilt insbesondere bei Staaten, die uns beim Wegweisungsvollzug Schwierigkeiten bereiten.

Die Attraktivität der Schweiz als Asylland lässt sich nur über einen konsequenten Wegweisungsvollzug senken. So hatte beispielsweise die schnelle Rückführung der Roma eine präventive Wirkung (Frankreich hat trotz Rückübernahmeabkommen überhaupt keine An-

stalten gemacht, die Roma zurückzunehmen). Auch müssen Personen, die missbräulich ein Asylgesuch stellen, in Ausschaffungshaft genommen werden können. Dies ist mit dem neuen Ausländergesetz möglich. Die SVP-Initiative der SVP enthält keinen Beitrag zur Verwirklichung dieser Anliegen. Eine zahnlose Drittstaatenregelung, die am Vollzug scheitert, senkt die Attraktivität der Schweiz als Asylland nicht. Im Gegenteil: die Kantone bleiben auf den nicht rückführbaren Personen «sitzen».

Das grösste Problem für die Kantone besteht darin, dass wir häufig keine gesicherten Erkenntnisse über die Identität eines Asylbewerbers haben. Dies ist insbesondere im Hinblick darauf, dass mehr als 90% der Asylsuchenden die Schweiz wieder verlassen müssen, besonders problematisch. Nur in seltenen Fällen werden zu Beginn eines Asylverfahrens heimatliche Reisepapiere oder andere Dokumente zur Person abgegeben. Bei unserem Hauptproblem,

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige



Christian Haupt

Im Auftrag unserer anspruchsvollen Kunden suche ich

Villen und Bauland

im Grossraum Zürich. Ich freue mich auf entsprechende Hinweise und Angebote, die selbstverständlich professionell und diskret behandelt werden.



WALDE & PARTNER
IMMOBILIEN

8702 Zollikon, www.walde.ch, Tel. 01 396 60 60, Fax. 01 396 60 96

Fortsetzung von Seite 5

d. h. bei der Feststellung der Identität, hilft die Asylinitiative der SVP nicht weiter. Im Gegenteil. Bei unbekannter Identität nützt uns die Drittstaatenregelung nichts. Die Drittstaatenregelung schürt unberechtigte Hoffnungen, der Zustrom von Asylsuchenden mache Halt vor der Schweizer Grenze. Als kantonale Polizeidirektorin kann ich keine gesetzlichen Massnahmen befürworten, die in der Praxis nicht umsetzbar sind. Das

schaft nur Frustrationen beim Betreuungspersonal in den Asylheimen, bei den Angehörigen der Fremdenpolizei, den Untersuchungsbehörden und der Kantonspolizei.

Bei der Identitätsfeststellung müssen jedoch künftig grössere Erfolge erzielt werden. Das BFF muss bereits zu Beginn des Asylverfahrens, sprich in der Empfangsstelle, konsequent Identitätsbefragungen und Lingua-Expertisen durchführen. Der Bund hat in diesem Bereich schon einige Verbesserungen er-

zielt; daran ist konsequent weiter zu arbeiten.

Einheitliche Fürsorgeleistungen

Die Initiative will die Sozialhilfeleistungen für Asylsuchende schweizweit vereinheitlichen. Dies ist ein Eingriff in den Kompetenzbereich der Kantone, sind doch die Kantone in der Ausrichtung der Sozialleistungen souverän (Kanton SG = Sache der Gemeinden). Diese Eigenständigkeit erlaubt es ihnen, Abstufungen der Leistungen vorzunehmen. Die Sozial-

hilfeleistungen sind ausserdem bereits heute rund 20% tiefer als bei anderen Sozialhilfebezügern. Um sicherzustellen, dass die Asylsuchenden die Sozialhilfe zur Deckung des täglichen Bedarfs aufwenden und nicht zweckentfremden, soll diese nicht in Form von Geld, sondern vor allem in Sachleistungen erfolgen. Dieses Sachleistungsprinzip ist jedoch schon seit 1988 im Gesetz verankert. So haben die Kantone z. B. auch die Möglichkeit, die Sozialhilfe auf das absolut notwen-

dige Minimum zu kürzen, wenn die asylsuchende Person nicht am Asylverfahren mitwirkt und später die Mitwirkung bei der Papierbeschaffung verweigert.

Die Forderungen der SVP-Initiative berauben die Kantone ihrer Kompetenzen und führen zu einer unerwünschten Zentralisierung und unnötigen Bürokratisierung. Nicht die Zentralisierung, sondern der konsequente Vollzug von kantonalen Bestimmungen führt hier zum Erfolg. ■

Echte Verbesserungen aus kantonaler Sicht, die nicht in der SVP-Initiative enthalten sind:

Rückübernahmeabkommen

Ich habe bereits eingangs erwähnt, dass die Schwierigkeiten der Kantone vor allem im Wegweisungsvollzug liegen. Selbst wenn dank intensiver Vollzugsbemühungen die Identität eines abgewiesenen Asylsuchenden letztlich festgestellt werden kann, besteht ein weiteres Problem in der Beschaffung der Reisepapiere. Neben der Tatsache, dass ein abgewiesener Asylbewerber nicht gerne aus der Schweiz ausreist, ist er leider oft in seinem Heimatland auch nicht willkommen. Obwohl es zu den unbestrittenen völkerrechtlichen Verpflichtungen eines Staates gehört, seine eigenen Landsleute wieder einreisen zu lassen, bestehen in der Praxis einige Probleme. Dringend notwendig sind Rückübernahmeabkommen oder Transitabkommen. Die Bemühungen des Bundes in dieser Hinsicht sind weiter zu führen und zu unterstützen.

Schärferes Haftrecht

Die Verschärfungen im Haftrecht, wie Sie in der Teilrevision des Asylgesetzes vorgesehen sind, sind sehr zu begrüssen. Es sind dies:

- 20 Tage Haft nach Nichteintretensentscheid ab Empfangsstelle, wenn der Vollzug der Wegweisung innerhalb dieser Frist absehbar ist. Die Haft wird vom BFF angeordnet und von der ARK überprüft. Damit ist dieselbe Behörde für die Haft zuständig, die auch für den Asylentscheid zuständig ist (Art. 13b Abs. 1 Bst. d ANAG)
- 60 Tage Festhaltung im Transitbereich des Flughafens (davon 20 Tage Asylverfahren, 5 Tage Beschwerdefrist, 5 Tage Behandlungsfrist ARK, 30 Tage Vollzug; Art. 22 AsylG). Die bisherige Regelung lässt eine Festhaltung für höchstens 25 Tage zu. Nach einem rechtskräftigen Entscheid kann die Festhaltung auch in einem Ausschaffungsgefängnis erfolgen.

Nebst diesen beiden Verschärfungen im Haftrecht, erachte ich als unabdingbar, dass Personen, die sich weigern, im Asylverfahren mit den Behörden zusammenzuarbeiten, in Ausschaffungshaft genommen werden können (keine Kooperation bei Identitätsfeststellung oder bei der Papierbeschaffung). Dieser Haftgrund ist aus meiner Sicht für die Kantone angesichts der Probleme, die sich namentlich im Wegweisungsvollzug von Per-

sonen mit Nationalitäten aus Nord-, West- und Zentralafrika stellen, dringend notwendig.

- Art. 73 Abs. 1 Ziff. 2 AuG sieht denn auch objektivierte Gründe für die Ausschaffungshaft vor. Die Anordnung einer Ausschaffungshaft soll neu auf Grund eines Nichteintretensentscheides im Asylverfahren möglich sein. Ein Nichteintretensentscheid wird im Falle von Missbrauch (Identitätstäuschung, unentschuldbare Papierlosigkeit, Verletzung der Mitwirkungspflicht, missbräuchliches Nachreichen des Asylgesuchs) gefällt.

Das neue AuG sieht ausserdem die Vorbereitungshaft für Personen vor, die zur Unzeit ein Asylgesuch einreichen (Art. 72 Abs. 1 Bst. e und f AuG), d. h. z. B. nach einer ausländerrechtlichen Ausweisung oder wenn sie sich über lange Zeit illegal in der Schweiz aufhielten und erst bei einer polizeilichen Anhaltung ein Asylgesuch einreichen.

Der Schuh drückt die Kantone vor allem beim Wegweisungsvollzug und bei den aus meiner Sicht zu hohen Hafthürden. Die neuen Haftgründe sind denn auch dringend notwendig. Die entsprechenden Verschärfungen sind rasch umzusetzen. So können wir die Mobilität jener Personen, die nicht aus Gründen der Verfolgung in unser Land kommen, sondern nur in der Absicht, in unserem Land einer illegalen Tätigkeit – z. B. dem Drogenhandel – nachzugehen, wirksam einschränken.

Die SVP-Initiative will den Asylrechtsmissbrauch bekämpfen. Das wollen wir alle. Ich will es ganz besonders; denn aus meiner Erfahrung als kantonale Polizeidirektorin weiss ich, dass es diese Missbräuche gibt. Hier gibt es auch gar nichts zu beschönigen.

Und diese Missbräuche stören und empören mich. Es stört mich nicht nur als Politikerin, wenn eine Person missbräuchlich ein Asylgesuch stellt, nicht mit unseren Behörden zusammenarbeitet oder sich gar noch im Drogenhandel betätigt und damit unsere humanitäre Tradition strapaziert. All das stört mich auch als Bürgerin. Als Politikerin und Bürgerin will ich aber Instrumente zur Bekämpfung des Missbrauchs, die den Missbrauch auch tatsächlich eindämmen und die praxistauglich und vollzugstauglich sind. Diese Bedingungen werden durch die Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht gemäss Vorlage des Bundesrates erfüllt. Die SVP-Initiative überzeugt hingegen nicht.

Die Arbeitslosenversicherung

Ein solides Sozialwerk auch morgen

Wir haben eine gute Arbeitslosenversicherung mit besseren Leistungen als alle Länder um uns herum. Formuliert wurde sie vor bald 20 Jahren, als es in der ganzen Schweiz noch eine Arbeitslosenquote von 0,4% gab. Während der Rezession der 90er Jahre mit 200 000 Arbeitslosen rutschte sie in tiefrote Zahlen.

Von Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist, Mellingen



Christine Egerszegi ist überzeugt, dass die Schweiz ein solides Sozialwerk braucht, das für alle solidarisch da ist.

Bild: rus

Mit finanziellen Notmassnahmen und einer grosszügigen Erhöhung der Leistungen versuchte man die finanzielle Not zu lindern. Leider wurde die Arbeitslosigkeit zu einer dauernden Herausforderung, und wir kommen nicht darum herum, diese Versicherung längerfristig auf eine gesunde Basis zu stellen, und zwar ohne Kürzung der Taggelder. Die Schweiz braucht ein solides Sozialwerk, das für alle solidarisch da ist.

Neue Finanzierung

Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit Anfang der 90er Jahre machte verschiedene Teilrevisionen der Arbeitslosenversicherung nötig. Vor allem die Revision von 1995 mit ihrer grossen Verlängerung der Taggeldbezugsdauer auf 520 Tage brachte die Versicherung mit einem Defizit von 8,8 Mrd. Franken völlig aus dem Gleichgewicht.

Zur Tilgung dieser Schulden wurde der Beitragsatz von 2 auf 3 Lohnprozent für alle erhöht und zusätzlich auf die Einkommen zwischen 106 800 und 267 000 Franken ein Solidaritätsprozent erhoben. Beide Massnahmen waren zeitlich klar befristet und wurden 1999 noch einmal bis 2003 erneuert, der Solidaritätsbeitrag sogar noch verdoppelt. In dieser Revision muss also die Finanzierung neu geregelt werden. Das zusätzliche Lohnprozent wird für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer erlassen, der Solidaritätsbeitrag auch, aber nur solange das Defizit in der ALV-Kasse die 5-Milliarden-Grenze nicht überschreitet. Als feste jährliche Beiträge beteiligen sich neu der Bund mit 300 Mio. und die Kantone mit 100 Mio.

Lehren aus der Vergangenheit

Wir haben in der langen Rezession Erfahrungen mit

der Arbeitslosigkeit gemacht und können bei dieser Revision Lehren daraus ziehen:

- Jüngere Leute sind zwar häufiger arbeitslos als ältere, aber sie sind viel leichter wieder in eine andere Tätigkeit zu vermitteln. Deshalb kann es verantwortet werden, dass die Bezugsdauer für Arbeitslosengelder auf 400 Tage gekürzt wird.
- Für Arbeitslose ab 55 Jahren sowie für Personen, die Renten der IV oder UV beziehen, bleibt die Dauer von 520 Tagen bestehen.
- Die Arbeitslosenquote kann in den verschiedenen Landesteilen ganz verschieden sein. Deshalb können die Kantone oder Teilregionen bei einer Quote von über 5% die Taggelddauer auch für jüngere Arbeitslose auf 520 Tage erhöhen, sofern sie sich mit 20% an den Kosten beteiligen.

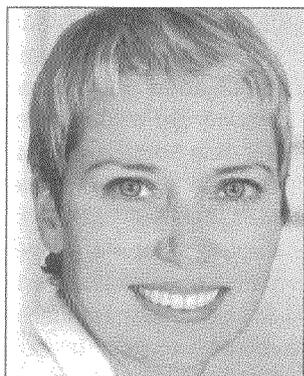
- Je länger jemand aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, umso schwieriger wird es, wieder eine Stelle zu finden. Deshalb werden alle Massnahmen zur Wiedereingliederung ausgebaut und verbessert. Sogar für Ausgesteuerte ist es möglich, in den Reintegrationsmassnahmen zu bleiben, wenn sich der Kanton an den Kosten mitbeteiligt.
- Die Hilfe wird gezielt verbessert für Personen in besonderen Umständen: So werden schwangere Frauen und Mütter besser gestellt und der Anspruch auf Entschädigung während der Erziehungszeit flexibler gestaltet.
- In der heute geltenden Versicherung wird das finanzielle Umfeld des Betroffenen wenig berücksichtigt. Deshalb sollen besser verdienende Personen mit Abgangsent-schädigungen weniger Arbeitslosengelder erhalten, und gleichzeitig wird der Kreis der Personen mit unteren und mittleren Einkommen erweitert, die statt 70% sogar 80% des vorangegangenen Lohnes erhalten.
- Mit der Personenfreizügigkeit der bilateralen Verträge gelten die allgemeinen Sozialversicherungsleistungen auch für alle hier arbeitenden EU-Bürger. Das heisst, die Beitragszahlungen in deren Ländern werden dazugerechnet.

So könnte beispielsweise eine Arbeitskraft nach 5 Monaten Arbeit in Portugal und einem Monat in der Schweiz hier bis zu 80% des Schweizer Lohnes während 520 Tagen beziehen. Das war der grosse Kostenbrocken von 560 Mio. Franken, der im Abstimmungskampf zu den Bilateralen viel zu reden gab. Das Problem liegt aber nicht primär in diesen Verträgen, sondern daran, dass unser Land nach einer relativ kurzen Beitragsdauer sehr grosszügige Versicherungsleistungen ausrichtet. Deshalb wird jetzt – neben einer Reduktion des Taggeldanspruches auf 400 Tage für Leute unter 55 Jahre – die Beitragsdauer von 6 auf 12 Monate erhöht. Arbeitslosigkeit kann den Einzelnen sehr hart treffen. Er muss auf die Solidarität der Gesellschaft zählen können. Das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz leistet die notwendige Hilfe mit einem längerfristig gesunden und sicheren Sozialwerk. Deshalb verdient es am 24. November ein überzeugtes Ja in der Urne. ■

Wer ist schon nicht gegen Asylmissbrauch?

SVP-Asylinitiative – überholt & kontraproduktiv

Die Forderungen der 1999 auf dem Höhepunkt der Kosovokrise eingereichten Initiative klingen verheissungsvoll: Wer ist schon nicht gegen Asylmissbrauch? Bei näherer Prüfung allerdings stellt sich bald heraus, dass die Initiative nicht hält, was sie verspricht.



Maya Lalive d'Epina

Von Maya Lalive d'Epina,
Nationalrätin

Statt dass die Verfahren verkürzt, die Zahl der Asylsuchenden verringert und die Kosten reduziert werden, ist angesichts der in dieser Form wenig durchdachten Drittstaatenregelung vielmehr mit einer Zunahme der in der Schweiz anwesenden Asylsuchenden, mit einer Verlängerung der Verfahren und in der Folge davon auch mit einer Erhöhung der Kosten zu rechnen.

Dies steht im krassen Widerspruch zu den von Bund und Parlament in den letzten drei Jahren eingeleiteten Massnahmen, die nicht nur zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer, sondern auch zu einer Reduktion der Anwesenden und zu einer Kostenminderung geführt haben, und zwar nachweislich. Der Bestand von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen in der Schweiz hat sich von 1999 bis 2002 von über 120 000 auf knapp 70 000 verringert, und die Kosten konnten um rund eine

halbe Milliarde gesenkt werden. Und mit den zusätzlich anvisierten Massnahmen im Rahmen der Revisionen von Ausländer- und Asylgesetz ist mittelfristig mit weiteren Entlastungen zu rechnen.

Dauerbrenner

Natürlich sind damit nicht alle Probleme vom Tisch. Die internationale Migration ist in vollem Gange. Unsere Ausländerpolitik kriegen wir mittelfristig nur mit einer klaren Zuwanderungspolitik, wie sie im nun totalrevidierten Ausländergesetz vorgesehen ist, in den Griff. Das heisst bspw., dass inskünftig für Drittstaaten ausserhalb der EU/EFTA klare qualitative Kriterien für die Zuwanderung gelten sollen, damit wir die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Widersprüchliche SVP

Es entbehrt dabei nicht einer gewissen Ironie, dass genau diejenigen Kreise, welche die Asylinitiative mitlanciert haben, bereits heute mit dem Referendum drohen, sollte ihrer

Forderung nach einem Kurzaufenthaltsstatut analog dem unseligen Saisonierstatut, das uns das heutige Ausländerproblem insbesondere mit Ex-Jugoslawien beschert hat, nicht stattgegeben werden. Es sind auch diese selben Kreise, die ohne mit der Wimper zu zucken «sans-papiers» beschäftigen, ja wenig qualifizierte und primär wirtschaftlich motivierte «Flüchtlinge» durch ihr Erwerbsangebot geradezu ermutigen, a) in die Schweiz zu reisen und b) hier unterzutauchen.

Schutz für echte politische Flüchtlinge

Während bei der Zuwanderungspolitik wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen dürfen und müssen, ist bei der Asylpolitik primär eine ethisch-moralische Messlatte anzuwenden. Die Asylpolitik ist deshalb scharf von der Zuwanderungspolitik abzugrenzen. In der Schweiz soll eine politisch verfolgte Person auch in Zukunft Gehör und Schutz finden vor ihren Verfolgern, ungeachtet aus welchem Land oder welchem politischen System sie stammt. Das ist sich die Schweiz als demokratisches Land mit ihrer humanitären Tradition schuldig. Die SVP-Initiative macht allerdings auch mit diesem humanitären Grundsatz kurzen Prozess: Auch echt politisch verfolgte werden – wird die Initiative angenommen und ein generelles Nichteintreten auf Asylgesuche be-

schlossen – kein Anrecht mehr auf ein ordentliches Asylverfahren haben...

Untauglich

Kernstück der SVP-Initiative ist die Drittstaatenregelung. Indem auf die Gesuche von Asylanten, die via sichere Drittstaaten einreisen, nicht eingetreten wird, soll die Anzahl Asylsuchender in der Schweiz reduziert werden. Man erhofft sich eine Abschreckung.

Tatsächlich reist ein Grossteil der Asylsuchenden aus einem sogenannten sicheren Drittstaat ein (95% der Asylsuchenden gelangen über den Landweg zu uns). Die Umsetzung der SVP-Forderung bedingt aber, dass den Asylsuchenden Aufenthalt im und die Einreise aus dem Drittstaat nachgewiesen werden kann. Mangels vorliegender gültiger Reisedokumente ist dies aber in der Praxis nicht möglich. Die heute bereits bestehenden gravierenden Vollzugsprobleme würden so nicht gelöst, sondern eher noch verschärft werden. Asylsuchende würden von vorneherein jegliche Mitarbeit zur Identifikation verweigern und blieben buchstäblich in unserem Lande sitzen. Schliesslich müssten doch noch Verfahren eingeleitet werden (mit grosser zeitlicher Verzögerung), womit sich die Katze in den Schwanz beisst.

Mit ihrer Forderung verkennt die SVP völlig, dass bereits heute auf Asylgesuche nicht eingetreten werden muss,

a) wenn Asylsuchende in ein Land ausreisen können, in welchem bereits ein Asylgesuch hängig ist oder das staatsvertraglich für die Durchführung des Asyl- und Wegweisungsverfahrens zuständig ist und das sie nicht zur Ausreise in ein Land zwingt, in welchem sie verfolgt würden oder unmenschlicher Behandlung ausgesetzt wären,

b) wenn sie aus verfolgungssicheren Staaten kommen

c) wenn die Weiterreise in einen Drittstaat zulässig, zumutbar oder möglich ist (namentlich bspw. wenn dieser Staat vertraglich für die Behandlung des Asylgesuches zuständig ist; sich der Gesuchssteller vorher einige Zeit dort aufgehalten hat oder dort nahe Angehörige oder andere Personen leben, zu denen er enge Beziehungen hat), und

d) wenn der Asylsuchende nicht glaubhaft machen kann, dass er ohne Verzug in die Schweiz gelangt ist und vermutet werden kann, dass er sich einige Zeit in einem Drittstaat aufgehalten hat.

Kurz und gut. Das Nichteintreten auf Asylgesuche ist bereits heute in viel mehr Fällen gesetzlich möglich, als es die Initiative verlangt. Und was die Rückführungen betrifft: Es braucht den Nachweis der Identität und Reisedokumente. Und es braucht dazu Partner, Länder, mit welchen wir vertraglich die gegenseitige Rückführung

(bspw. mit Deutschland oder Rumänien) vereinbart haben. Zu glauben, Frankreich bspw. würde aus reinem Respekt vor dem schweizerischen Volkswillen vermeintlich via Frankreich in die Schweiz eingereiste Flüchtlinge zurücknehmen, ist kurzsichtig. Oder wollen wir, dass Frankreich, Deutschland usw. ihre vermeintlich aus der Schweiz eingereisten Flüchtlinge bei uns absetzen?

Das Problem liegt also nicht auf Gesetzesstufe, sondern im Vollzug. Missbrauch wird bspw. betrieben, indem einerseits Asylsuchende ihre Identität verweigern und damit nicht mehr rückführbar sind, andererseits gewisse Arbeitgeber untergetauchte Asylsuchende beschäftigen, die dann Jahre später als «sans-papiers» in der Statistik auftauchen. Und gerade auf diese Tatbestände liefert die SVP-Initiative «leider» keine Antworten!

Der von Initianten zu Recht gewünschte Abschreckungseffekt kann nur durch ein rasches Verfahren und den verbesserten und schnelleren Vollzug negativer Asylentscheide – und zwar möglichst bereits an der Empfangsstelle – erreicht werden. Je rascher ein negativer Entscheid bewirkt wird und mit der Rückführung begonnen werden kann, je kürzer die Aufenthaltsdauer in der Schweiz ist, desto rascher können die Wirtschaftsasylanten zurückgeführt werden und desto grösser ist der Abschreckungseffekt. Die Attraktivität ist eben nicht davon abhängig, ob ein Asylbewerber als solcher anerkannt wird, sondern vom

Risiko, in sein Heimatland zurückkehren zu müssen. Das geforderte Nichteintreten auf ein Gesuch gemäss SVP würde sich damit also gerade kontraproduktiv auswirken.

Trifft die Falschen

Ein grundsätzliches Nichteintreten auf Asylgesuche würde vor allem tatsächlich politisch Verfolgten schaden. Die Vorstellung, eine politisch verfolgte Person könne sich ja im entsprechenden Land via die dortige Schweizer Botschaft für ein Gesuch respektive eine Aufnahme bewerben, wirkt naiv. Wenn ich wirklich politisch verfolgt werde, wird mein Gegenüber ohne Zweifel als Erstes sicherstellen, dass mir der Zugang zu ebensolchen Örtlichkeiten verwehrt ist. Eine echt politisch verfolgte Person muss bei uns Gehör und Schutz finden und ein korrektes Verfahren erhalten. Das sind wir unserer humanitären Tradition und liberalen Gesinnungshaltung schuldig.

Scheinlösung

Auch die übrigen Forderungen der Initiative sind heute bereits erfüllt. Bereits heute sind die Leistungen gesamtschweizerisch stark vereinheitlicht und bestimmen die Kantone – wie dies die Initiative fordert –, welche Asylsuchenden ärztlich oder zahnärztlich (eine zahnärztliche Betreuung ist bspw. nur bei akuten Schmerzen möglich) zu betreuen sind. Bereits heute werden Sozialhilfeleistungen primär in Form von Sachleistungen erbracht, und die Kantone sind darüber hinaus frei, die Leis-

tungen auf das absolute Minimum zu reduzieren. Zudem schlägt der Bundesrat in der laufenden Asylgesetzesrevision weitere Sparanreize vor, indem jene Kantone finanziell belohnt werden, die beim Vollzug von Wegweisungen effizient arbeiten und so die Aufenthaltsdauer der Asylsuchenden in der Schweiz verkürzen und damit die Sozialleistungen senken helfen.

Auch die Forderung, dass Asylsuchende, die zur Ausreise verpflichtet sind, nur in staatlichen Beschäftigungsprogrammen erwerbstätig sein dürfen, widerspricht jeglichem Ruf nach Kostensenkungen. Arbeitstätige Asylsuchende bezahlen aus ihrem Arbeitslohn ihren Aufenthalt (die Arbeitgeber sind verpflichtet, die entsprechenden Abzüge zu tätigen). Ein faktisches Arbeitsverbot würde zu zusätzlichen Sozialleistungen, für welche die Allgemeinheit aufkommen müsste, führen – auch hier wirken sich die vorgeschlagenen Massnahmen also kontraproduktiv aus.

Überholt sind auch die Sanktionen gegenüber Luftverkehrsunternehmen. Im neuen Ausländergesetz ist diese Frage klar geregelt; sie geht über die Forderungen der SVP hinaus...

Wo die FDP ansetzt

Statt auf Scheinlösungen konzentriert sich die FDP auf Lösungen, die umsetzbar sind und Wirkung zeigen.

Dazu gehören verstärkt Rückführungsabkommen vor allem mit Ländern aus Afrika. Dies erleichtert nicht nur die Beschaffung

der Reisepapiere, sondern schafft auch Sicherheit für die Begleitpersonen von Auszuschaffenden, die in der Regel hohen Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind. Im Namen der FDP habe ich deshalb eine Motion eingereicht, wonach Rückführungsabkommen mit Staaten Afrikas inklusive Transitländern vermehrt an die Wirtschaft- und Entwicklungshilfe gekoppelt werden sollen. Migrationspolitik ist ein Geben und Nehmen – im Rahmen des Möglichen muss die Schweiz – wie die EU – ihre Möglichkeiten mit Nachdruck ausschöpfen. Weiter müssen die Maximalfristen für die Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft verlängert werden, um im Vollzug mehr Zeit für die notwendigen Abklärungen zu erhalten.

Hier schafft einerseits das neue Ausländergesetz Abhilfe, indem die Anordnung von Ausschaffungshaft allein aufgrund eines Nichteintretensentscheides möglich sein wird. Zudem können neu Personen, die zur Unzeit (erst wenn sie aufgegriffen werden) ein Gesuch einreichen, in Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft genommen werden. Parallel dazu kann das Bundesamt für Flüchtlinge aufgrund der Revision des Asylgesetzes inskünftig bei einem Nichteintretensentscheid 20 Tage Haft verfügen und Personen bis zu 60 Tagen bis zur Rückschaffung im Transitbereich des Flughafens festhalten. Zudem wird im AuG klar auch die Bestrafung von solchen geregelt und massiv verschärft (Haft und Busse bis 1 Mio. CHF), die Zuwandern helfen, bspw. falsche Papiere

zu beschaffen, sie illegal beschäftigen usw. Auch im Bereich Grenzkontrolle besteht noch Handlungsbedarf. Sie ist zu durchlässig und zu lasch. Hier tut rasche Abhilfe not, ohne dass deswegen die Grenze geradezu verbarrikadiert werden muss. Im Rahmen der Beratungen zum neuen Ausländergesetz werden wir den Bundesrat beauftragen, dazu konkrete und rasch umsetzbare Massnahmen zu entwickeln. Zu verbessern ist auch die Zusammenarbeit von Fürsorgebehörden und Fremdenpolizei innerhalb der Kantone, indem die beiden Bereiche aus einer Hand geführt werden. Damit können die Kantone die Kosten tief halten und das vorgesehene anreizorientierte Finanzierungssystem effektiver ausnützen. Zudem müssen die Kantone den gesetzlichen Handlungsspielraum, der da ist, konsequenter ausnützen.

Fazit

Die FDP will Missbräuche im Asylbereich entschieden bekämpfen, allerdings wirkungsvoll und nicht nur scheinbar. Das Ziel der Asylinitiative ist zwar berechtigt, die darin enthaltenen Massnahmen stehen jedoch entweder im Widerspruch zu unserer Demokratie und humanitären Tradition, sie sind so nicht umsetzbar, untauglich oder längst überholt. Die effektiven Probleme werden durch die Initiative nicht gelöst. Dazu braucht es die Durchsetzung des neuen Ausländergesetzes, die Asylgesetzesrevision sowie die Umsetzung der von der FDP geforderten oben aufgezeigten Massnahmen. ■

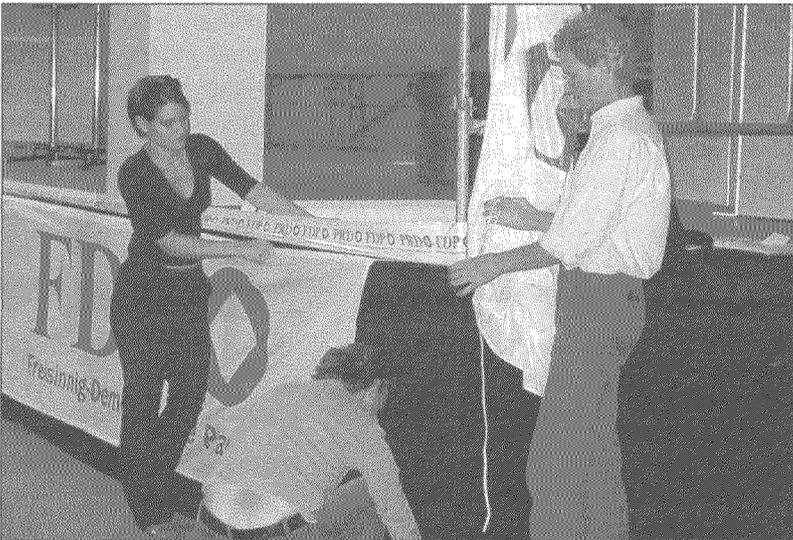
Am Vortag zur DV in Bellinzona

Point de presse, Installation und Sitzungen wechselten in bunter Folge



Die Sekretärinnen Alice Disch (FDP-Frauen), Edith Haller (Aargau) und Christine Schmied (Appenzell Ausserrhoden) nutzen die Zeit zwischen zwei Sitzungen an der Tessiner Sonne.

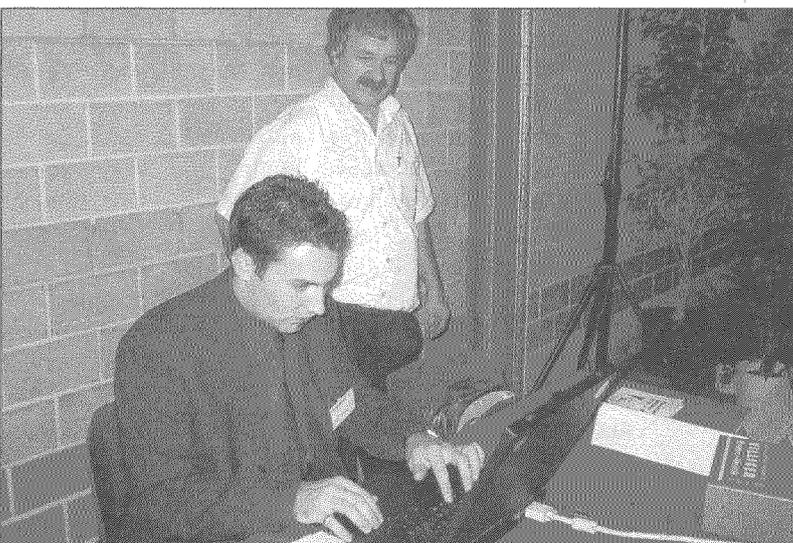
Der Vortag zu den Delegiertenversammlungen beginnt in der Regel mit der Konferenz der Kantonalsekretäre. Der anschliessenden Geschäftsleitungssitzung folgt in der Regel die Konferenz der FDP-Kantonalpräsidenten. In einzelnen Fällen kommt es vor, dass die Kantonalpräsidenten in diese Sitzung ihre Sekretäre delegieren. Der an der Delegiertenversammlung in Tramelan erstmals durchgeführte Point de presse wurde im Tessin, in souveräner Art, mit Bundeskanzlerin Annemarie Huber bestritten. Dass für die Infrastruktur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organisatoren, besorgt sind, ist eine wiederkehrende Selbstverständlichkeit.



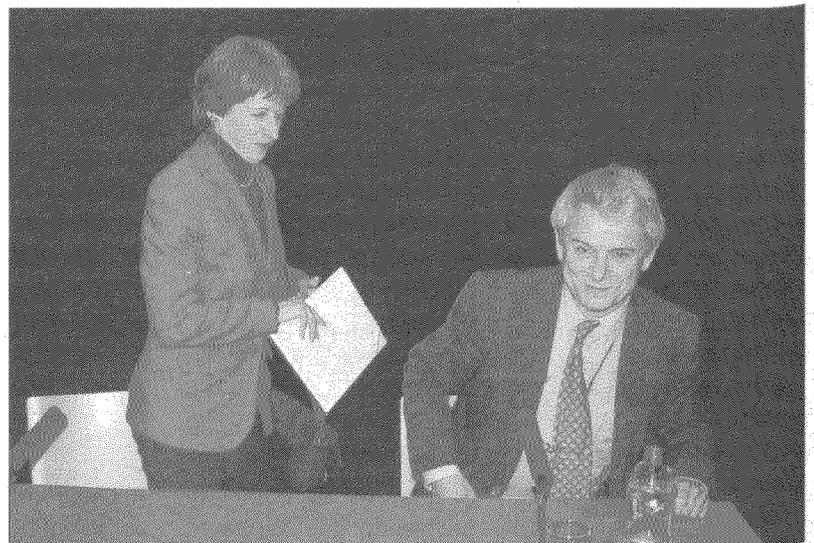
Christiana Grunder, Christine Flückiger und Marcel Hausammann bereiten den Saal für die DV vor.



Damit die Delegierten den Versammlungsort nicht übersehen, hängen Henriette Küffer und Christine Flückiger die FDP-Fahne höher.



Für die Übertragungstechnik verantwortlich waren im Tessin Edi Villiger und Michel Fischer.



Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz schickt sich an, Corrado Barengo für die gelungene Gesprächsmoderation zu danken.

Bilder: rus

Gesellschaftlicher Höhepunkt der Tessiner DV

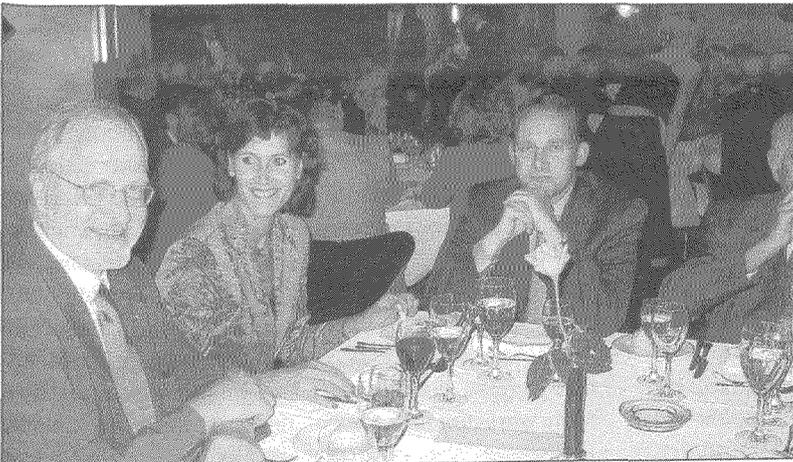
Das Nachtessen im Castelgrande war ein kulinarischer Genuss



Der Tessiner Kantonalpräsident entpuppte sich als gewiegener Gastgeber.



Die beiden Hauptverantwortlichen für die DV in Bellinzona: Sara Lana Costatini und Reto Malandrini, für einmal nicht im Einsatz.



Der frühere Tessiner Sekretär, Venanzio Menghetti (Dritter v. l.), betreute die Luzerner Gäste.



Zürcher, Glarner und Tessiner in gleicher Runde.



Nationalrat Fulvio Pelli fühlte sich wohl am Zürchertisch.

Der Eidgenoss' ist müde geworden

Das Wachstumspapier aus der Sicht der Kleinunternehmerin

Die Luzerner Grossrätin Heidy Lang stellte an der Delegiertenversammlung in Bellinzona zu Beginn ihrer Ausführungen den Heizungs- und Sanitärbetrieb vor, den sie zusammen mit ihrem Gatten im luzernischen Seetal seit zehn Jahren führt.

Als Mitinhaberin ist sie für den ganzen administrativen Bereich der Firma zuständig und «leistet sich den Luxus», Grossrätin und FDP-Amtsparteipräsidentin zu sein.

Wörtlich fuhr sie in ihren Ausführungen weiter: «Den heutigen Zustand unseres Landes möchte ich mit einem Bild umschreiben: Der Eidgenoss' ist müde geworden. Zu viel musste er in den letzten Jahren erleben und durchstehen. Kraftlos, reformmüde, resigniert, liegt er im Krankenzimmer. Der Eidgenoss' hat sie satt, all die vielen Wundermittelchen der letzten Jahre. Globalisierung, Liberalisierung, Sharholder-Value, Börseneuphorie, Dominanz der Wirtschaft vor der Politik. Aber auch Schocktherapien wie Sparrunden, Konjunkturschwächen, Managerlohnskandale, Groundings, Stellenabbau.

Doch was macht man, wenn alle modernen Therapien nichts oder zu wenig bringen? Man erinnert sich an die einfachen und bewährten Hausmittel, die immer dann eingesetzt wurden oder werden mussten, wenn eine gewisse



Im Gewerbebetrieb steht Heidy Lang ihr Gatte zu Seite, in der Politik übernimmt diese Rolle der Luzerner FDP-Geschäftsführer Othmar Wüest.

Bild: rus

Orientierungs- und Perspektivenlosigkeit die Genesung hemmte. Die freisinnige Bewegung fand schon oft das richtige Rezept, das bewährte Mittel, und dieses heisst Wachstumsprogramm.

Seien wir ehrlich – ein Wundermittel ist es nicht. Aber es ist ein langfristig wirkendes Aufbau-, Stärkungs- und Kräftigungsprogramm mit vielen Vitaminen. Das aus drei Gründen:

1. Nach den staatspolitischen Verrenkungen der letzten Jahre wird die alte Ordnung wieder hergestellt. Das heisst: Die Wirtschaft stellt sich nicht mehr arrogant über die Politik, man hat erkannt, dass nur die Partnerschaft von Wirtschaft und Politik langfristig Wachstum ermöglicht.

2. Das Wachstumsprogramm konzentriert sich nicht auf die Wirtschaft allein. Alle Politikbereiche

werden – vernetzt – einbezogen.

3. Wachstum wird zur Querschnittsaufgabe, zur Grundhaltung, zur Geisteshaltung für Wirtschaft, Staat, Verwaltung und Öffentlichkeit. Eine solche Grundhaltung kann das Land als Ganzes vorwärts bringen. Wachstum, der Glaube an Wachstum, ist ein altes und zentrales Anliegen der Freisinnigen. Ich freue mich sehr, dass sich unsere Partei wieder auf diesen traditionellen, zentralen Wert zurückbesinnt.

Gross hat versagt

Als Vertreterin dieses Gewerbes erlaube ich mir zuerst eine kritische Feststellung zu den Entwicklungen in jüngster Zeit: «Gross hat versagt, Klein hat bestanden.» Gravierende Fehler, wie sie in der jüngsten Vergangenheit bei grossen Schweizer Unternehmen begangen wurden, kann es bei Kleinbetrieben nicht ge-

ben. Fehler müssen wir selber bewältigen – oder bezahlen. Für Kleinbetriebe gibt es keine goldenen Fallschirme oder staatliche Soforthilfe.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass bei der Umsetzung des FDP-Wachstumspapiers noch verstärkt auf die Kleinbetriebe eingegangen wird.

Damit es klar ist: Ich bin sehr für Wachstum! Wachstum bedeutet Aufbruch, Zukunftsglaube, und das wollen wir Freisinnigen ja.

Vier wichtige Punkte

Von den 57 Punkten sind mir aus meiner Kleinunternehmer-Optik folgende vier Punkte besonders wichtig:

- administrative Abläufe reduzieren
- Steuern für natürliche Personen reduzieren, denn nur Konsum des Volkes ermöglicht Wachstum
- keinesfalls Aufgaben des Bundes durch neue Mehrwertsteuer-Punkte finanzieren
- die berufliche Ausbildung für den Handwerkerbereich attraktiv gestalten.

Wir brauchen neues Wachstum, dafür sind alle Bereiche nötig. Das Wachstumspapier ist die richtige Medizin für den müden Eidgenossen. Aber: Weil das Rückgrat der Schweizer Volkswirtschaft – und der Schweizer Politik – KMU-Betriebe sind, wünsche ich mir bei der Umsetzung Unterstützung und Wertschätzung auch gerade für Kleinbetriebe.

Ich darf Sie gerne daran erinnern, dass praktisch alle Grossunternehmen unseres Landes als Klein- und Kleinstbetriebe aus bescheidenen Werkstätten oder Labors entstanden sind. Da haben mutige und tüchtige Berufsleute den Sprung ins kalte Wasser der Selbständigkeit gewagt, haben mit grossem Einsatz das Risiko der Unsicherheit auf sich genommen. Ohne solche Pioniere gäbe es keine Grossunternehmen in unserem Land. Ich möchte Ihnen diese Zellen unserer schweizerischen Wirtschaft ganz besonders ans Herz legen. Diese zarten Pflanzen brauchen unseren Schutz. Sie können nur in einem Erdreich gedeihen, das ihnen einen Nährboden bietet, worauf sie wachsen und sich entwickeln können. Zu viele unnötige Vorschriften und Beschränkungen lassen diese zarten Jungpflanzen austrocknen und im Extremfall absterben.

Ich bin überzeugt, dass das Wachstumspapier der FDP dazu beiträgt, dass das Wagnis Selbständigkeit für unsere jungen, gut ausgebildeten Berufsleute auch heute noch möglich ist. Wir brauchen diese Jungpflanzen als Zellen unserer Wirtschaft, als Hoffnung für die Zukunft.» ■

Freiheit und Verantwortung

Erfolgreiche KMU – Chance der Schweizer Wirtschaft

Der Markt Schweiz ist viel zu klein für die Produkte, die wir anbieten. So sind wir auf einen offenen Weltmarkt angewiesen sowie auf einen international zugänglichen Arbeitsmarkt. Wir müssen die Sprache unserer Kunden sprechen, und das geht am einfachsten, wenn wir Personal haben, das aus diesen Ländern kommt. Damit sind die bilateralen Verträge für uns lebenswichtig.

Von Kantonsrat Ruedi Noser, FDP ZH

Vor der Einführung des Euros hatten alle Lieferanten in Europa ein Währungsrisiko zu tragen, wenn sie exportierten. Mit der Einführung des Euros bin ich praktisch noch der einzige Zulieferer, der ein Währungsrisiko zu tragen hat. Daher wirken sich die Wechselkursschwankungen zwischen Franken und Euro heute stärker aus als früher, und darum ist es für uns wichtig, dass die Kursrelation möglichst stabil bleibt.

Wir können einigermassen präsent sein in den wichtigsten Ländern. Für eine weltweite Präsenz sind wir viel zu klein. Dies gilt sicher auch in etwa für weitere 15000 KMU, die im Export tätig sind. Internationale Präsenz ist aber für die KMU der Schweiz in einer globalisierten Welt immer wichtiger. Es wird darum immer wichtiger, dass die Aussenhandelsbeziehungen der Schweiz auch für die Interessen der KMU genutzt werden können.

Lieber Geld verlieren als Vertrauen

Damit komme ich zu den schweizerischen Rahmen-

bedingungen. Jeder, der in Deutschland oder in Kanada schon einmal ein Unternehmen gegründet hat, weiss, dass wir in der Schweiz eine effiziente Verwaltung haben. Man kann einfach Firmen gründen, Personal formlos anstellen. Es gibt keine komplizierten Rechnungslegungsvorschriften, die MWSt-Abrechnung ist einfach zu erstellen, wie auch die Steuerabrechnung keine grossen Probleme stellt. Die Freiheit, dass jeder Bürger unkompliziert Unternehmer werden kann, müssen wir uns erhalten. Es kann nicht angehen, dass das Parlament die Gesetzesmaschinerie in Kraft setzt und wir abermals einen Standortvorteil zunichte machen, nur weil einige Firmenbosse über die Stränge gehauen haben. Verantwortungsloses Handeln in der Chefetage kann man nicht durch neue Gesetze korrigieren. Es braucht Freiheit und Verantwortung im Management oder wie es Robert Bosch vor mehr als 100 Jahren treffend formuliert hat: «Lieber Geld verlieren als Vertrauen.» In diesem Sinne ist der Vertrauenspakt wichtig für die Demokratie und für die Gesellschaft.



Wenn Ruedi Noser hier auch noch hinter der Tessiner Regierungsrätin Marina Massoni sitzt, bei der Präsentation seiner Position zum Wachstum erhielt er Szenenapplaus.

Bild: rus

Bewilligungsverfahren müssen einfacher werden

Vor zwei Jahren haben wir ein Bürohaus gekauft. Ich war ziemlich schockiert, was da alles auf mich zugekommen ist. Für einen Laien unverständliche Zonenordnungen, Baurechtsreglemente und Schadstoff-Katasterpläne. Für den Innenausbau gibt es noch einmal eine Vielzahl von Verordnungen und Gesetzen. Zum Teil bekommt man den Eindruck, dass diese Vielzahl an Regeln eher dazu dient, dass diverse Anbieter über sichere Märkte verfügen, als dass sie der Sicherheit der Benützer des Gebäudes dienen. Wir KMU brauchen, wenn wir investieren oder wenn wir als Handwerker auf die termingerechte Vergabe angewiesen sind, Rechts- und Planungssicherheit. Wir müs-

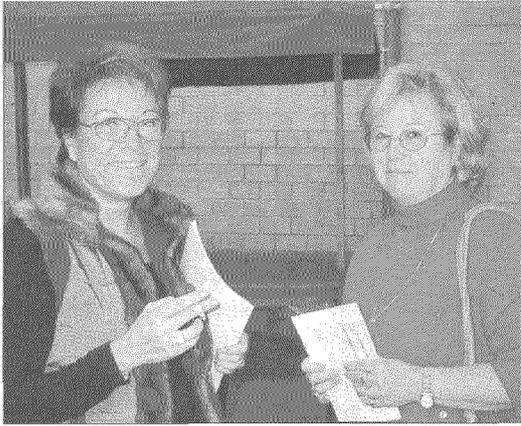
sen auch geschützt werden vor querulatorischen Einsprachen von Privaten oder Verbänden, die ein Bauvorhaben jahrelang blockieren können. Die Schweiz ist nicht auf der Höhe der Zeit. Hier muss der Gesetzgeber dringend handeln.

Als junges, stark wachsendes Unternehmen habe ich unser Steuersystem als ungerecht kennen gelernt. Wenn ich wachsen will, muss ich Eigenkapital generieren. Das kann ich auf zwei Wegen tun. Entweder mache ich Gewinne, die ich dann versteuern muss, bevor sie zum Eigenkapital geschlagen werden können und die dazu führen, dass die Firma zu einem sehr hohen Vermögenswert eingeschätzt wird, oder ich bezahle mir einen hohen Lohn aus, auf dem alle Abgaben geschuldet sind und die volle Einkom-

menssteuer fällig ist, um dann eine Kapitalerhöhung durchzuführen. Beides sind sehr teure Wege.

Damit habe ich nur einige der 58 Punkte herausgestrichen, die wichtig sind für die KMU. Die Forderungen des «Wachstumspapiers» sind wichtig für die Zukunft der Schweizer Wirtschaft und damit für uns KMU. Die Politik kann aber nur Rahmenbedingungen setzen, das meiste muss der Unternehmer, losgelöst von der Politik, selber in Angriff nehmen. Die Übertreibungen der 90er Jahre haben die klassischen Werte der Schweizer Wirtschaft etwas verwischt. Rückwirkend betrachtet kommt es einem vor, als ob grosse Teile der Wirtschaft in einem grossen Rausch gewesen und seit ein paar Monaten nun in der Ausnüchterung mit entsprechenden Nebenwirkungen wären. Man kann sich nur verbessern, wenn man zu den eigenen Fehlern steht. Es wird wichtig sein für die Zukunft, sich wieder auf die richtigen Werte zu besinnen. Wir brauchen wieder mehr Uhrmacher und weniger Leute, die sagen, wie spät es ist.

Bilder rund um die Delegiertenversammlung im Tessin



Die beiden Genferinnen Dominique Colombo und Véronique Grolimund ...



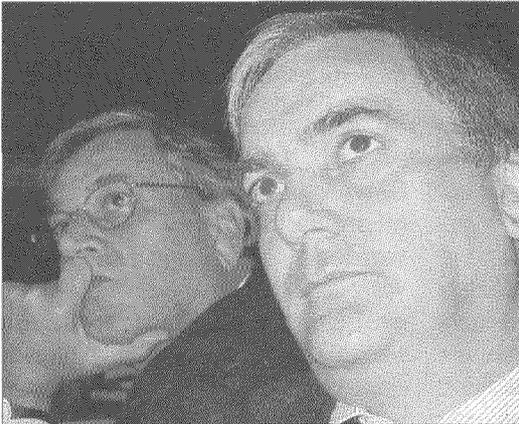
... gehörten, wie die Thurgauer, zu den Ersten, die an der DV eintrafen.



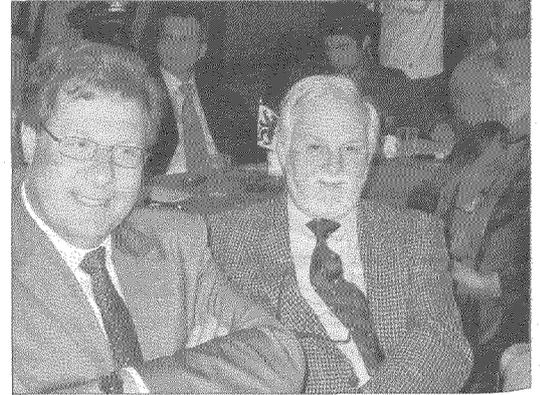
Die Filarmonica Liberale Radicale spielte zur Begrüssung der Delegierten.



Die Berner Ständerätin sitzt zum letzten Mal als Fraktionspräsidentin am Präsidialtisch.



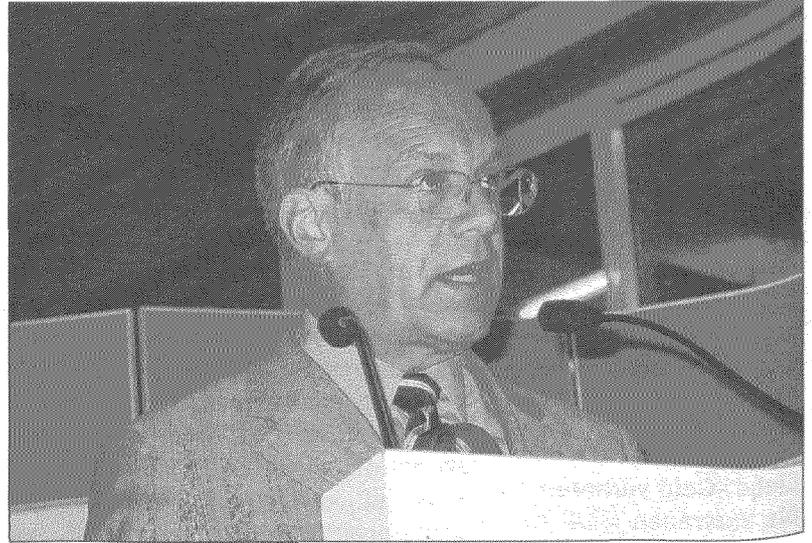
Gabriele Gendotti und Benedetto Bonaglia gehörten zu den aufmerksamsten Zuhörern.



Kantonalpräsident Markus Hess und NR Erich Müller waren erfreut über die starke Zürcher Delegation.



Staatsrätin Marina Masoni (Tessin) und Ruedi Noser (Zürich) amüsieren sich an einer Pointe ...



... von NR Hannes Schneider, Langenthal.

Bilder: rus

Marianne Kleiner – Finanzministerin des Jahres

Die Appenzeller Finanzdirektorin hat ihre politischen Ziele erreicht

Die Ausserrhoder Finanzdirektorin hat massgeblich dazu beigetragen, ihren Halbkanton aus seiner misslichen Lage herauszuführen. Und dies in einer Situation, als das 50-Millionen-Debakel der Ausserrhoder Kantonalbank den Kanton Mitte der neunziger Jahre gar an den Rand des Abgrunds brachte.

Kaum jemand hätte 1994 der gelernten Psychologin und Psychotherapeutin bei ihrer Wahl in die Regierung zugetraut, dass sie das schlingende Schiff in ruhige Gewässer führt. Ein von ihr durch die politischen Instanzen gebrachtes neues Finanzhaushaltsgesetz hat wesentlich dazu beigetragen, dass Ausserrhoden heute finanziell wieder kerngesund ist.

Marianne Kleiner: Diesen Titel habe ich nicht erwartet, und diesen zu erreichen, war auch nie mein Ziel. Als ich das Finanzdepartement übernahm, hatte ich nur ein Ziel, unseren Kanton aus den roten Zahlen zu bringen.

Was hat Ihnen dabei mehr geholfen, Ihre Kenntnisse als Psychologin, oder so zu haushalten, wie es die meisten Hausfrauen tun?

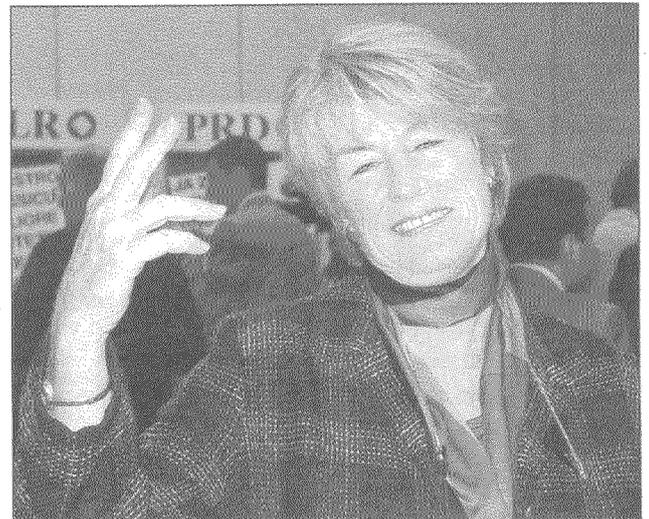
Es war wohl von beidem etwas. In einer Situation, wie ich sie angetreten habe, bespricht man die Lage mit dem ganzen Team (Familie). Dabei hat mir die Psychologie bestimmt viel geholfen. Darum kann ich heute sagen: Wir sind einen konsequenten und beharrlichen Sanierungskurs gefahren. Gerade auf dieses «Wir» habe ich immer besonderen Wert gelegt. Dass dies gelang, ist dem ganzen politischen System zuzuschreiben; Finanzpolitik heisst Mehrheiten schaffen.

In diesem Falle teilen Sie die Freude über diesen Titel bestimmt mit den Mitarbeitern in Ihrem Departement?

Ganz bestimmt. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freuen sich mit dem Regierungsrat, dem Kantonsrat und der Bevölkerung. Gerade sie sind es, die diese Finanzpolitik mitgetragen haben. Ihnen allen möchte ich ein Kränzchen winden.

Nochmals zurück zu den Frauen. Derzeit stehen die Kantone Ausserrhoden, Graubünden und Tessin mit den gesündesten Finanzen da. Auch dort stehen mit Eveline Widmer-Schlumpf und Marina Masoni Frauen den Finanzdepartementen vor. Haushalten die Frauen besser?

Frauen machen oft eine realistische, pragmatische Politik. Uns ist klar, dass, wer mittelfristig mehr ausgibt als einnimmt, in Schwierigkeiten gerät. Für gesunde Finanzen kämp-



Die Hochs in der Regierungstätigkeit ...

fen wir dann unter Mithilfe der Gruppendynamik.

Jetzt, am Höhepunkt Ihrer Tätigkeit, haben Sie dieser Tage den Rücktritt aus der Regierung bekannt gegeben. Was ist der Grund zu Ihrem Entschluss?

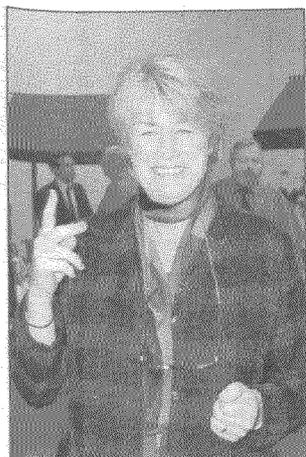
Wir haben unsere Ziele erreicht. Die Arbeit ist getan. Die Finanzen sind saniert, die Steuerverwaltung und Finanzdirektion reorganisiert und viele Gesetze unter Dach: wie Finanzhaushaltsgesetz, Totalrevision

des Steuergesetzes und Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden bzw. Finanzaufsicht des Kantons über die Gemeinden.

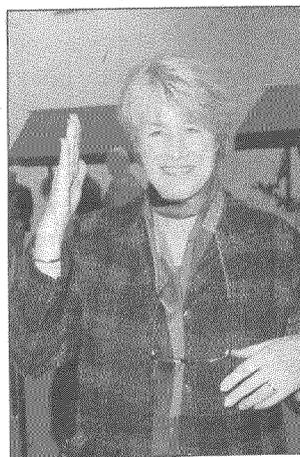
Die «Freisinn»-Familie wünscht Ihnen für die Zukunft alles Gute und freut sich, Sie weiterhin in unseren Reihen zu wissen.

Das Interview mit der Vizepräsidentin der FDP Schweiz führte Ruedi Schläpfer

«Freisinn»: Nicht nur der «Freisinn» gratuliert Ihnen zu Ihrer Ernennung zur «Finanzministerin des Jahres», sondern die ganze FDP-Familie. War dies eine Überraschung für Sie?



Den Warnfinger musste sie im Laufe der Jahre oftmals gebrauchen.



Die gerade Linie einhalten hat sich letztlich ausgezahlt.

Bilder: rus

Anzeige



Tel. 041 412 37 37
Fax 041 410 43 53
E-Mail restaurant@fondue-house.ch
www.fondue-house.ch

SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☐ Switzerland

Erste Schwyzer Kulturmanagerin

FDP-Kantonalsekretärin auf neuen Pfaden

Sonia Gerster Meier aus Altendorf ist die erste Schwyzerin, die sich an der Hochschule Winterthur zur Kulturmanagerin ausbilden lässt.

Von Elvira Jäger

«Vor der Tür steht eine Skulptur», sagt Sonia Gerster am Telefon auf die Frage, wie ihre Wohnung in der Überbauung zu finden sei. Die schlanke Plastik stammt vom Solothurner Künstler Jean Mauboulès, und sie steht gewissermassen am Anfang von Sonia Gersters heutiger Ausbildung.

Sonia Gerster war 13 Jahre lang Primarlehrerin in Lachen. Während zehn Jahren hat sie zusammen mit Bruno Glaus in Benken Skulpturenausstellungen organisiert. Den Anfang machte Jean Mauboulès, und im fünften Jahr stellte man Werke von Gottfried Honegger aus. Die beiden Organisatoren versuchten jedes Jahr, mindestens ein Werk zu verkaufen.

Nach zehn Jahren wurde die Idee von der inzwischen neu gegründeten Kulturkommission aufgenommen und auf verschiedene Kulturbereiche ausgeweitet. Und Sonia Gerster, mittlerweile in die Kulturkommission des Kantons Schwyz gewählt, begann sich zu fragen, wie man solche Ausstellungen «richtig professionell» organisieren könnte.

Sie entschloss sich, ihr Hobby zum Beruf zu ma-



«Die Sensibilität der Künstler fasziniert mich.» Sonia Gerster wird im nächsten Frühling als erste Frau aus dem Kanton Schwyz die Ausbildung zur Kulturmanagerin abschliessen.

Bild Elvira Jäger

chen, den Schuldienst zu quittieren, und stieg im März 2001 nach einem halbjährigen Lehrgang am Sawi (Schweizerisches Ausbildungszentrum für Marketing, Werbung und Kommunikation) an der Hochschule Winterthur ein. Winterthur ist neben Basel die einzige Fachhochschule in der Schweiz, die eine Ausbildung in Kulturmanagement anbietet. In Winterthur fand Sonia Gerster sich unter 50 Mitstudierenden. «Der Austausch mit Künstlerinnen und Künstlern aus Theater, Musik oder Film, mit Kunsthistorikerinnen und mit den Dozenten fasziniert mich», erzählt Sonia Gerster begeistert. Als Nicht-Künstlerin ist sie eher die Ausnahme. «Meine Stärke

liegt beim Organisieren, also eher im Management.» Der ehemaligen Lehrerin Sonia Gerster ist aber auch das Vermitteln von künstlerischen Inhalten wichtig.

Die Ausbildung umfasst drei Gebiete: Kultur (Geschichte, Politik, Theorie, Soziologie), Management (Marketing, Recht, Buchhaltung, Networking) und Sozialkompetenz (Arbeitstechnik, Moderation, Präsentation). Gearbeitet wird vorwiegend projektbezogen. Zusammen mit zwei Mitstudierenden hat Sonia Gerster beispielsweise gerade ein Konzept für ein Nachdiplomstudium in Dramaturgie entworfen, das sie der Klasse am Seminar morgen in Pfäffikon präsentieren wird.

Eine Marktstudie für eine Märchenerzählerin

In ihrer Diplomarbeit erarbeitet sie eine Marktstudie für den Beruf der Märchenerzählerin. Auf diese Idee ist Sonia Gerster durch ihre Schwester gekommen, die vor kurzem eine Ausbildung als Märchenerzählerin gemacht hat. «Sie kommt vom Künstlerischen her, ich vom Management», macht Sonia Gerster die Verbindung klar.

In der Arbeit wird es darum gehen, ein Marketingkonzept zu erstellen, damit eine Märchenerzählerin zu Engagements kommt, von denen sie leben kann. «Eigentlich arbeite ich gleich wie jemand in der Wirtschaft», erklärt Sonia Gerster. «Aber das Produkt ist gegeben. Ich muss das Marketingkonzept dem Produkt Märchen anpassen und auf sein Zielpublikum ausrichten.»

Ökonomie versus Kultur?

Immer wieder also die Verbindung zwischen Kultur und Management. Hat Sonia Gerster nicht Bedenken, dass die Kultur vor lauter Management und Ökonomie auf der Strecke bleibt? Sie verneint. «Es geht darum, die vorhandenen Ressourcen möglichst effizient einzusetzen und optimalere Bedingungen für Kunstschaffende zu erreichen. Es geht nicht um Profitorientierung oder darum, die Kunst zu verändern. Die meisten Kulturmanager kommen

selbst von der Kultur her und haben ein breites kulturelles Angebot als Ziel.» Auch auf die Frage, ob Kulturmanagement nicht dazu führen könnte, dass nur noch Populäres überlebe, hat Sonia Gerster eine Antwort parat: «Nischenkunst kann nur überleben, wenn die vorhandenen Mittel effizient genutzt werden.» Als Beispiel für eine notwendige Neuausrichtung erwähnt sie die Heimatmuseen, die es in vielen Gemeinden gibt. «Ohne Anpassung an den heutigen Besuchergeschmack werden sie über kurz oder lang aussterben.» Und sie präsentiert gleich ihre Idee eines Museums für Kinder, wo diese Gegenstände ausstellen dürfen, die ihnen wichtig sind. Drückt in dieser Idee die ehemalige Lehrerin durch? «Ja, Museumspädagogik interessiert mich», bestätigt Sonia Gerster. Womit wir beim Thema Berufswunsch sind. Sonia Gerster würde gern im Kanton Schwyz arbeiten, vielleicht zuerst ein Praktikum in einem Kulturbetrieb machen. Wichtig ist ihr die Nähe zu den Kunstschaffenden. «Die Sensibilität der Künstler für gesellschaftliche Entwicklungen fasziniert mich.» Das kulturpolitische Rüstzeug hat sie sich mit ihrer Arbeit in der kantonalen Kulturkommission jedenfalls schon mal geholt.

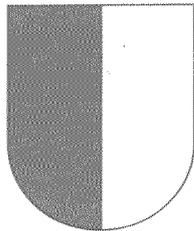
Text aus «March Höfe Zeitung», Lachen.

Veröffentlichung am Freitag, 27. 9. 2002

SP fordert das Ende der Steueroasen

Steuerwettbewerb ist positiv!

Die SP Schweiz plant mit einer Initiative die materielle Steuerharmonisierung zu realisieren. Dieser Vorschlag ist weder neu noch gut.



Von Claude Meier,
Volkswirtschaftsstudent
und Präsident
Jungfreisinnige Kanton
Luzern (JFL), Adligenswil

werb antreten (siehe dazu die Seminararbeit auf www.jfl.ch). Führende Finanzwissenschaftler gelangen deshalb zum Schluss, dass das herkömmliche Bild von den negativen Wirkungen des Steuerwettbewerbs entweder naiv oder politisch gefärbt ist. Der Autor der aktuellsten und ausführlichsten Studie zum schweizerischen Steuerwettbewerb gelangt zum Fazit, dass der

Steuerwettbewerb in der Schweiz vorteilhaft und nicht als schädlich bezeichnet werden kann. Steuerwettbewerb ist positiv! Er bewirkt einen Anreiz auf sparsamen und gezielten Mitteleinsatz sowie tiefere Steuern. Wir hätten gewiss eine höhere Steuerquote ohne Steuerwettbewerb. Um übertriebene Steuerfussunterschiede zwischen den Kantonen/Gemeinden zu verhindern, soll der Finanzausgleich des Bundes und der Kantone für die gewünschte Umverteilung sorgen. Auf eine materielle Steuerharmonisierung sollte aber meiner Ansicht nach unbedingt verzichtet werden. ■

Obwohl seit vielen Jahrzehnten auch unter den Ökonomen über Vor- und Nachteile des Steuerwettbewerbs nachgedacht wird, konnte bis heute niemand ökonomisch stichhaltig den Beweis für einen ruinösen Steuerwettbe-

« Mehr auf dem Lohnzettel! »

JA zur Revision der Arbeitslosenversicherung

www.fdp.ch

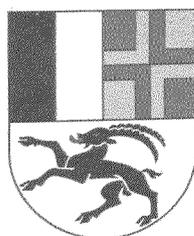
FDP

Freiheit und Verantwortung.

Steuererhöhung: Nein danke!

Die Bündner Freisinnigen wehren sich

Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) Graubünden lehnt die von der Regierung auf den 1. 1. 2003 vorgeschlagene Steuererhöhung von 10% ab.



Von Silvio Zuccolini,
Pressechef FDP
Graubünden

erhöht werden. Damit werde dem Gewerbe, den KMU und vielen Bündnerinnen und Bündnern zusätzliche Kaufkraft entzogen, was sich wiederum negativ auf den Konsum und die konjunkturelle Lage in unserem Kanton auswirken werde. Die gleichzeitige Erhöhung der Krankenkassenprä-

mien und der Steuern in diesem Umfang belaste wiederum den Mittelstand übermässig, weil diese Bevölkerungsgruppe keine Prämienverbilligung erhält und gleichzeitig den grössten Teil der Staatslasten zu tragen hat. Die FDP Graubünden fordert deshalb die Regierung auf, dem Grossen Rat ein umfassendes Sanierungspaket vorzulegen, gegen das sich die Regierung in der Vergangenheit mit Nachdruck ausgesprochen hat. Die FDP verlangt schon seit Jahren eine Reform der kantonalen Strukturen. Hätte die Regierung

diese geforderten Massnahmen gutgeheissen, hätte der Grosse Rat schon früher über strukturelle Sparmöglichkeiten diskutieren und beschliessen können, und der Kanton müsste jetzt nicht unter Zeitdruck handeln. Die FDP fordert auch, dass nicht einfach auf dem Buckel der Gemeinden gespart wird, indem die Kosten vom Kanton auf die Gemeinden übertragen werden. Kostenverlagerungen auf die Gemeinden stellen nach Auffassung der FDP Graubünden keine nachhaltigen Sparmassnahmen dar. Allenfalls wäre in

diesem Zusammenhang eine Revision des Finanzausgleichsgesetzes mit einer umfassenden Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden zu prüfen. Bevor nicht eine eingehende Überprüfung von solchen Sanierungsmöglichkeiten an die Hand genommen werde, spricht sich die FDP Graubünden gegen die geplante Steuererhöhung aus. ■

Im jetzigen schlechten, rezessiven Wirtschaftsumfeld könne es nicht angehen, dass neben den Krankenkassenprämien, die nächstes Jahr ebenfalls um 13% steigen, auch noch die Steuern massiv

Termine

Einladung

Wachstum und Entwicklung dank Mobilität

Fachtagung

Samstag, 9. Nov. 2002, 10.30 Uhr

Haus der Wirtschaft

Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Anmeldefrist: Freitag, 8. November 2002

Preis: Fr. 30.- (Bezahlung am Eingang)

Mit freundlichen Grüssen

FDP Schweiz

Der Präsident: Gerold Bühler, Nationalrat

Der Generalsekretär: Guido Schommer

Gegenvorschlag Avanti und Alpenkonvention sind im Moment im Gespräch. Zeit für die FDP, Standpunkte festzulegen.

Kontakt:

Sébastien Leprat, FDP Schweiz, CP 6136, 3001 Bern

Tel. 031 320 35 19, Fax 031 320 35 00, E-Mail: leprat@prd.ch

- 10.00 Kaffee und Gipfeli
- 10.30 Begrüssung
Duri Bezzola, Nationalrat (GR), Präsident
Verkehrsausschuss FDP Schweiz
- 10.40 Wachstum und Entwicklung dank Mobilität
Gerold Bühler, Nationalrat (SH), Parteipräsident

Teil 1: Mobilität: Herausforderung mit internationaler Dimension

- 10.50 Mobilität: Erfolgsfaktor für Wohlstand (Luft und Schifffahrt)
Paul Kurrus, Nationalrat (BL)
- 11.00 Die Schweiz und die Verkehrsanbindung ans europäische Hochleistungsnetz
Duri Bezzola, Nationalrat (GR)
- 11.10 Diskussion mit Teilnehmern
Moderator: D. Bezzola

Pause (10 Minuten)

Teil 2: Alpenquerender Verkehr: Sind wir in einer Sackgasse?

- 11.50 Strassenverkehr/Schienenverkehr: Sterile Grabenkämpfe?
Fulvio Pelli, Nationalrat (TI)
- 12.00 Protokolle der Alpenkonvention: Eine diskriminierende Sicht der Mobilität?
Martin Lendi, em. Professor von Rechtswissenschaft

Teil 3: Flüssiger Agglomerationsverkehr ist im Interesse der Wirtschaft

- 12.10 Mobilität in der Agglomeration: Eine wichtige Aufgabe!
Peter Scheidegger, ehemaliger Direktor von Regionalverkehr Bern-Solothurn (RBS)
- 12.20 Diskussion mit Teilnehmern
Moderator: D. Bezzola
- 12.50 Resolution, nächste Schritte
Duri Bezzola
- 13.00 Lunch

Anzeige

swissvitro.ch

[die Schweiz auf Glas]

Ein Stück

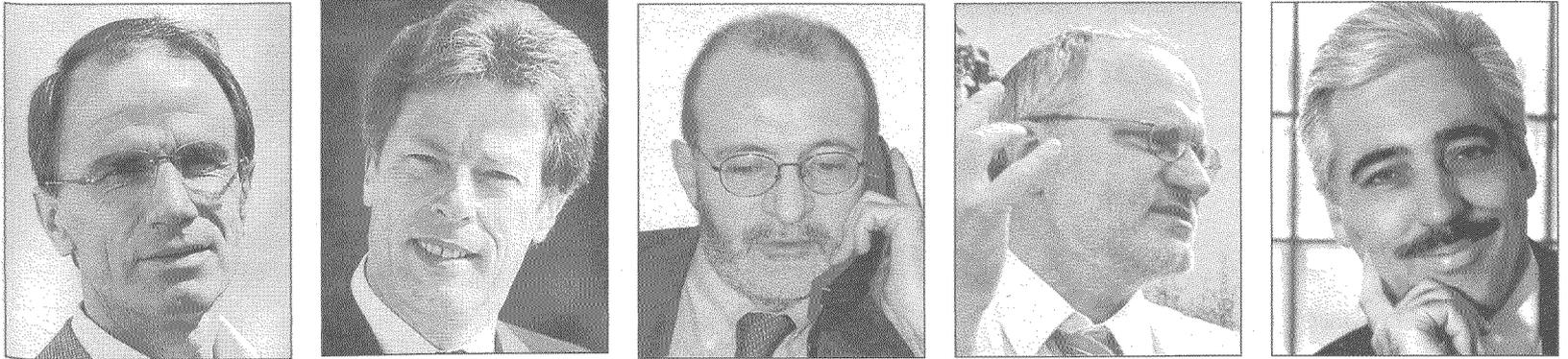
Schweizergeschichte

wird versteigert

*Einmalige Internetversteigerung
der historischen Glas-Druckvorlagen
der Schweizerischen Landeskarten
auf www.swissvitro.ch*

Kein Stau in der Verkehrspolitik

Die FDP packt das Problem «Mobilität» in einer Fachtagung an



Die fünf FDP-Nationalräte, die an der Fachtagung aktiv beteiligt sind: (v. l. n. r.) Duri Bezzola, Paul Kurrus, Fulvio Pelli, Georges Theiler und Peter Weigelt.

Die FDP ist erfreut, dass es der nationalrätlichen Verkehrskommission gelungen ist, eine Kompromisslösung zwischen der Avanti-Initiative und dem Vorschlag aus dem Departement Leuenberger zu erzielen. Die bürgerliche Konsenslösung ermöglicht eine nachhaltige Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen. Dies ist Grund genug für die FDP, dieses Thema aufzugreifen. Auch die Verkehrskommission des Nationalrates wird ihre Diskussion am 11. November fortsetzen.

Bereits im Juni 2001 hat die FDP in einem Strategiepapier gefordert, dass wichtige Autobahnachsen ausgebaut, Strassenverbindungen im Agglomerationsverkehr verbessert und die zweite Tunnelröhre am Gotthard gebaut werden. Die Verkehrskommission des Nationalrats hat diese Punkte nun in den Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative aufgenommen.

Dieser Entscheid trägt nicht nur den verkehrs-, sondern auch den wirtschaftspolitischen Herausforderungen Rechnung. Ein ungehinderter Verkehrsfluss auf den zentralen Autobahnabschnitten Bern-Zürich und Lausanne-Genf ist von zentraler Bedeutung für Güterverkehr und Personentransport. Im Agglomerationsverkehr sind Investitionen unum-

gänglich, weil sonst die täglichen Pendlerströme nicht mehr bewältigt werden können. Aus Sicherheitsgründen ist auch der Bau einer zweiten Strassenröhre am Gotthard unabdingbar. Ausserdem stellt die Situation am Gotthard eine inakzeptable Benachteiligung der Tessiner Bürgerinnen und Bürger dar. An diesen Tatsachen ändert auch der wenig souveräne Auftritt des Präsidenten der Verkehrskommission an der Medienkonferenz nichts.

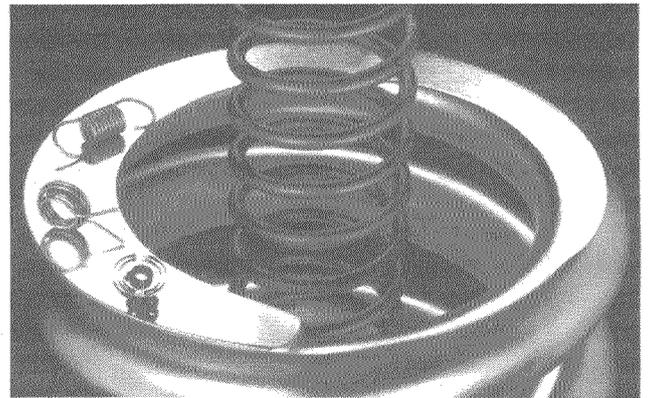
Die FDP begrüsst den Vorschlag, längerfristig einen Fonds für Strassenbauprojekte zu errichten – analog zum Fonds für den öffentlichen Verkehr. Dieser Fonds wird grössere Transparenz schaffen und die notwendigen Mittel für die Strasseninfrastruktur bereitstellen. Die Ausgestaltung ist noch näher zu prüfen. Für die FDP stellt die gefundene Lösung eine gleichwertige Alternative zur Avanti-Initiative dar. Die Avanti-Initiative bleibt aber

auf dem Tisch, bis der Gegenvorschlag in seiner jetzigen Form die Beratungen

des Parlaments überstanden hat. ■

Anzeige

Weltweit
federführend...



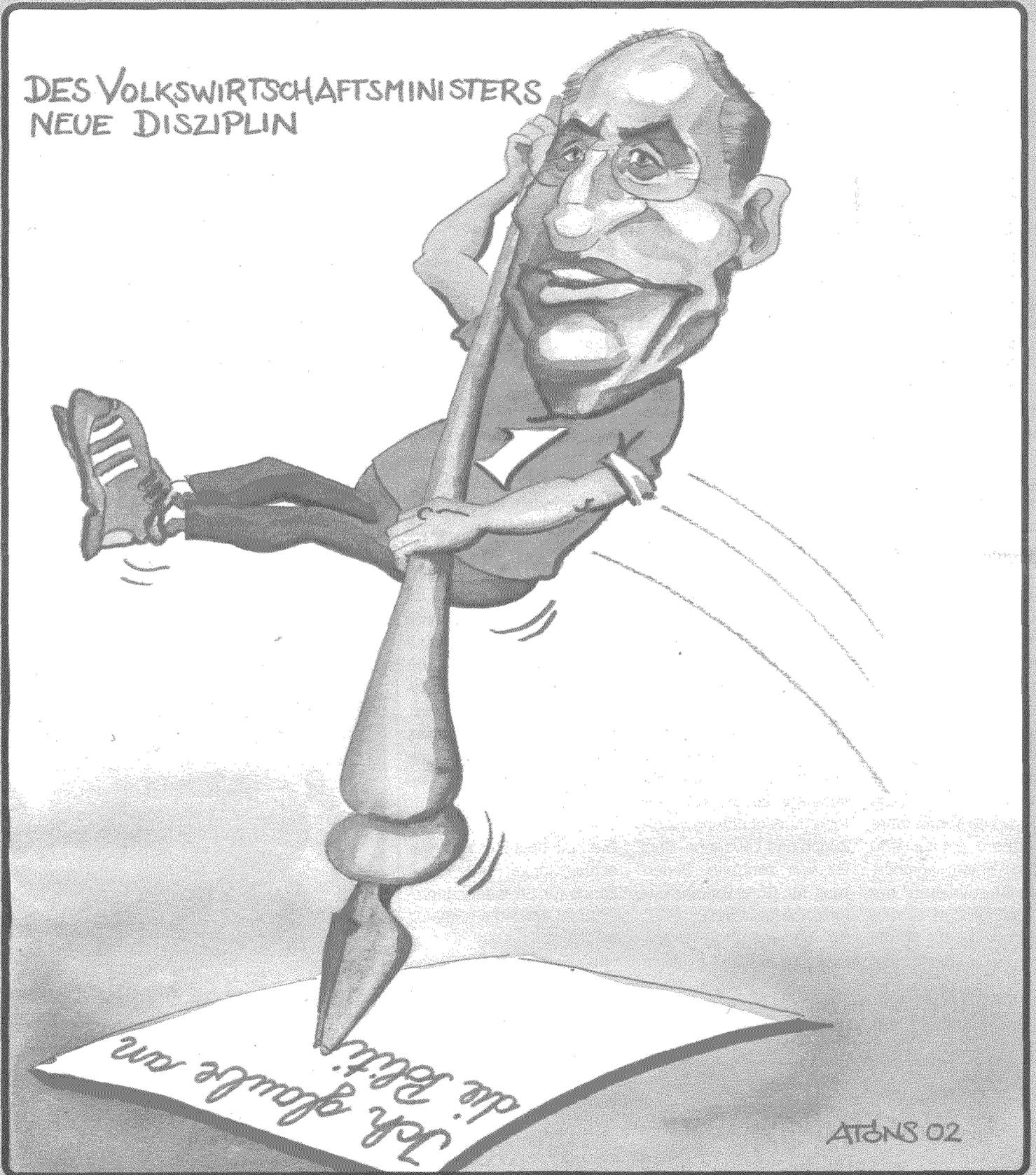
...in Technologie, Qualität
und Partnerschaft...

BAUMANN FEDERN AG
Postfach, CH-8630 Rüti/Schweiz
Tel. 055/2868 111, Fax 055/2868 511
www.baumann-springs.com
E-Mail: Info@baumann-springs.com



Detail-Programm Seite 18

Bereits am 9. November wird die FDP an ihrer Fachtagung zum Thema «Mobilität» Perspektiven zur künftigen Verkehrspolitik aufzeigen.



Karikatur Andreas Töns

Zwei neue Bundesrichter

Luca Marazzi und Peter Locher glanzvoll gewählt



Voller Stolz präsentierte sich die Familie Marazzi im Anschluss an die ausgezeichnete Wahl.



Bundesrichter Peter Locher und seine Gattin konnten Gratulationen von allen Seiten entgegennehmen.



Die Partei- und Fraktionsspitze liess es sich nicht nehmen, den beiden neu gewählten Bundesrichtern die Ehre zu erweisen.

In der dritten Woche der Herbstsession wählte die Vereinigte Bundesversammlung zwei Freisinnige in das Bundesgericht.

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion wählte die Vereinigte Bundesversammlung Luca Marazzi zum Bundesrichter und Peter Locher zum nebenamtlichen Bundesrichter. Der Tessiner Luca Marazzi ist zurzeit Stellvertreter des eidgenössischen Untersuchungsrichters.

Marazzi wurde mit 187 von 191 Stimmen gewählt. Ebenfalls ein Glanzresultat erzielte Peter Locher. Auf ihn entfielen 162 von 177 gültigen Stimmen. Locher ist Professor für Steuerrecht an der Universität Bern.

Die FDP gratuliert den beiden Richtern zu ihrer glanzvollen Wahl und dankt den abtretenden Sergio Bianchi und Martin Ludwig. Zweifel für die geleistete Arbeit. ■

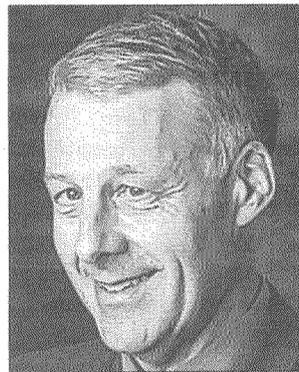
Strom bleibt nicht stehen

Nichts tun kann nicht die Lösung sein

Das Elektrizitätsmarktgesetz ist abgelehnt worden, die Öffnung des Schweizer Strommarkts ist vorläufig vom Tisch. Was bedeutet dies nun für die Wirtschaft, für die Politik und für die Branche?

Von FDP-Nationalrat
Hajo Leutenegger, Zug

Zurücklehnen könnte sich aber als trügerisch erweisen. Zwar haben die Gegner des EMG jeglichen Handlungsbedarf in Abrede gestellt, andererseits aber auch angebeht, die Stromversorgung müsse völlig unter die Kontrolle der öffentlichen Hand gelangen. Dies ist für die doch zahlreichen nicht staatlichen grossen und



Hajo Leutenegger

kleinen Werke, die ihre Aufgaben während Jahrzehnten klaglos erfüllt haben, nicht gerade eine verheissungsvolle Aussicht. Solche Verstaatlichungsgelüste widersprechen auch fundamental der Haltung der FDP zum Thema Marktöffnung. Ein anderer Weg könnte darin bestehen, dass sich die grossen Marktteilnehmer auf Pro-

duktions- und Verbraucherseite zu einer teilweisen, pragmatisch und ohne Gesetz organisierten Öffnung finden. Dies kann vielleicht durchaus effizient sein, widerspricht aber dem Gedanken einer fairen Gleichbehandlung und schafft zudem heikle Abgrenzungsprobleme.

Die Befürworter einer Marktöffnung in Wirtschaft und Politik sind nun gefordert, geeignete Wege – zu suchen und zu finden –, mit welchen der Ablehnung des EMG und damit dem Volkswillen gebührend Rechnung getragen wird, der faktischen Dynamik der Märkte andererseits nicht mit ungeeigneten Haltungen entgegen gewirkt wird.

Wir sind also aufgefordert, wieder aktiv zu werden, in

welche Richtung auch immer. Dazu gehört auch, dass der Bundesrat seine Lagebeurteilung präsentiert. In diesem Sinne habe ich dem Bundesrat mittels Interpellation folgende Fragen gestellt:

1. Wie beurteilt der Bundesrat nach der Ablehnung des EMG den legislatorischen Handlungsbedarf?
2. Teilt er die Auffassung von Gegnern des EMG, es bestehe keinerlei Handlungsbedarf?
3. Was gedenkt der Bundesrat in absehbarer Zeit zu unternehmen?
4. Wie beurteilt der Bundesrat die aktuelle Rechtsicherheit im Strommarkt? Der Antwort sehen wir gespannt entgegen. ■

Jahresterminkalender 2003

Januar

- 10. Präsidentenkonferenz / Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz LU
- 11. Delegiertenversammlung LU

Februar

- 31. 1. / 1. 2. Fraktionsseminar
- 9. Eidgenössische Abstimmung
- 21./22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung / Treffen mit den Regierungsräten

März

- 3.-21. Frühjahrsession
- 6. Geschäftsleitungsseminar
- 13.-15. o. Delegiertenversammlung ZH
Präsidentenkonferenz / Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz

April

- 25./26. VorseSSIONALE Fraktionssitzung Sondersession

Mai

- 2./3. Ausbildung für KantonalparteiSekretäre
- 5.-9. Sondersession
- 18. Eidgenössische Abstimmung
- 23./24. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

Juni

- 2.-20. Sommersession
- 5. Geschäftsleitung
- 11. Fraktionsausflug
- 21. Präsidentenkonferenz / Sekretärenkonferenz
Thementagung Olten
FDP-Fest

Juli

August

- 18.-22. Sommeruniversität
- 29./30. Präsidentenkonferenz / Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz BS
- 30. Veranstaltung Basel
Wahl-Kickoff

September

- 5./6. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 15. 9. - 3. 10. Herbstsession
- 16. Wirtschaftsmeeting
- 18. Geschäftsleitung

Oktober

- 3. Präsidentenkonferenz / Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz TG
- 4. Delegiertenversammlung TG
- 19. Eidgenössische Wahlen
- 23. Geschäftsleitung

November

- 21./22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 30. evtl. Eidgenössische Abstimmung

Dezember

- 1.-19. Wintersession
- 3. Wahlfeiern National- und Ständeratspräsident
- 4. Geschäftsleitung
- 11. Wahlfeier Bundespräsident

C5-Couverts mit 2-farbigem FDP-Logo

Nach wie vor offeriert uns Goessler Couvert, Zürich, die C5-Couverts

zum Preis von Fr. 66.60 p. 1000 + Zustellpauschale von Fr. 15.-

Bestellungen direkt an: H. GOESSLER AG
8045 Zürich
Binzstr. 24
Postfach
Fax 01 468 66 61

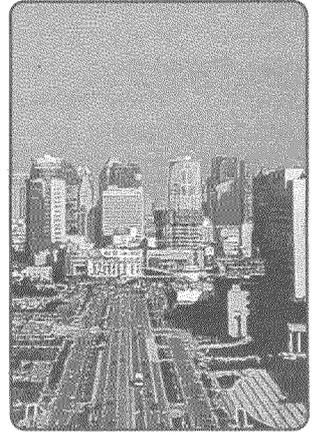
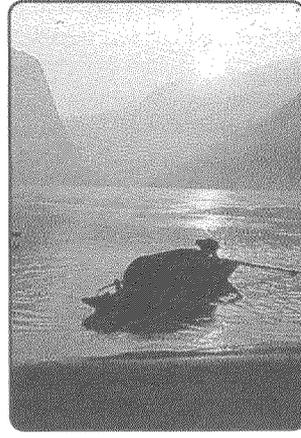
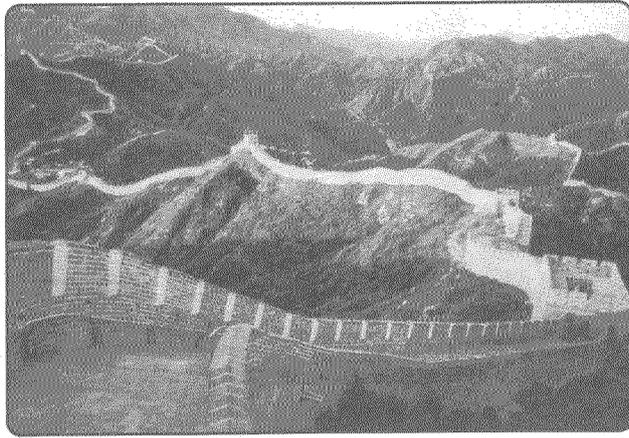
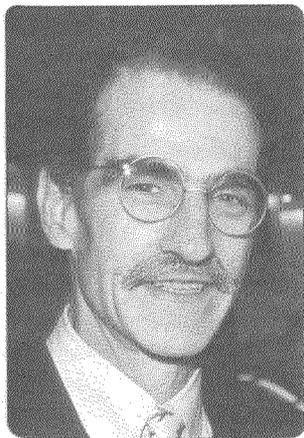
Peter Achten zeigt Ihnen

China – das Wunder des 21. Jahrhunderts

24. April bis 7. Mai 2003

China ist geographisch gesehen weit weg von Europa. Die Mentalität der Einwohner, das politische System und die Regeln, nach denen alles funktioniert – oder auch nicht, sind uns fremd und unverständlich.

China ist im Vormarsch, und im Land zeichnen sich grosse Veränderungen ab. Mit dem Schweizer Journalisten Peter Achten gehen wir auf unserer Rundreise der Frage nach, welche Kräfteverhältnisse sich im asiatischen Raum künftig einstellen. Peter Achten lässt mit seinen Hintergrundinformationen und Anekdoten jeden Ferientag zum Erlebnis werden. Aufgrund seiner Empfehlung legen wir einen Teil der Reise in die Periode der staatlich verordneten Ferien, wo die zum Teil chaotischen Verhältnisse des Landes noch besser sichtbar und erlebbar werden. Neben wirtschaftlichen Aspekten der Reise erleben wir auch die grossartige Kultur im Reich der Mitte hautnah. Die Programmelemente sind einzigartig!



Highlights:

- Fahrt durch die Hutongs (alte Stadtteile von Peking) mit Rikschas, Besuch der Grossen Mauer und einer Pekingoper, Essen im Red Capitol Club – wir degustieren die Lieblingsspeisen von Mao.
- Exkurs in die traditionelle chinesische Medizin und Speziallunch im Pekinger TCM-Spital, Erläuterungen eines praktizierenden Arztes über die Kunst des Heilens.
- Besichtigung der Yangtse-Kiang-Staudamm-Baustelle in Maoping (grösster Staudamm der Welt. Schweizer Firmen sind am Bau mitbeteiligt).
- 3-tägige, malerische Yangtse-Fahrt auf 5-Sterne-Schiff. Ausflug mit Booten in die 3 kleinen Schluchten.
- Weisheiten der chinesischen Küche, Besichtigung einer lokalen Autofabrik und Treffen mit Geschäftsführern lokaler Firmen (organisiert von Swiss Chamber in Shanghai).
- Shopping und Besichtigungen in Hong Kong: Aberdeen (Boatpeople), Victoria Peak und Happy Valley, Essen im Kloster auf Lantau Island (grösster Holzbuddha der Welt).
- Ausflug wahlweise nach Macao, Ex-Portugal, oder nach Shenzen, einer chinesischen Sonderwirtschaftszone.

FDP

cotravel

osite

REISEGARANTIE

Preis:

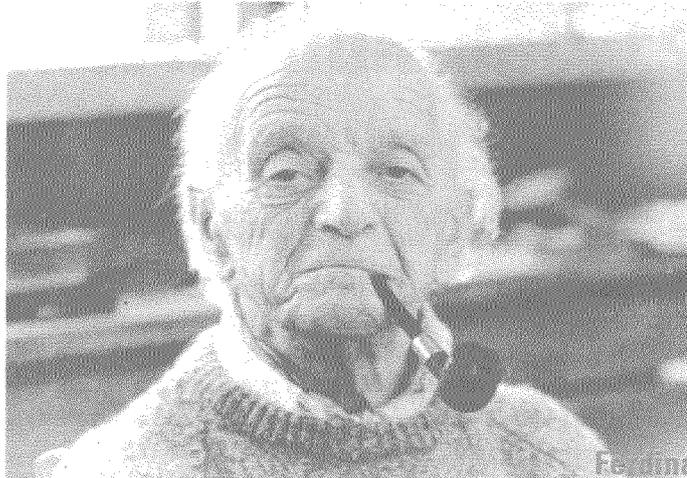
CHF 7460.– pro Person (Basis halbes Doppelzimmer/Halbpension) mit Flügen der Swiss in der Economy-Klasse.

Veranstalter:

Veranstalter ist die seit 15 Jahren auf Incentivereisen spezialisierte cotravel ag in Allschwil/BL.

Detailunterlagen und Anmeldung:

Weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon 061 308 33 00, per Fax unter 061 308 33 10 oder per E-Mail unter welcome@cotravel.ch.



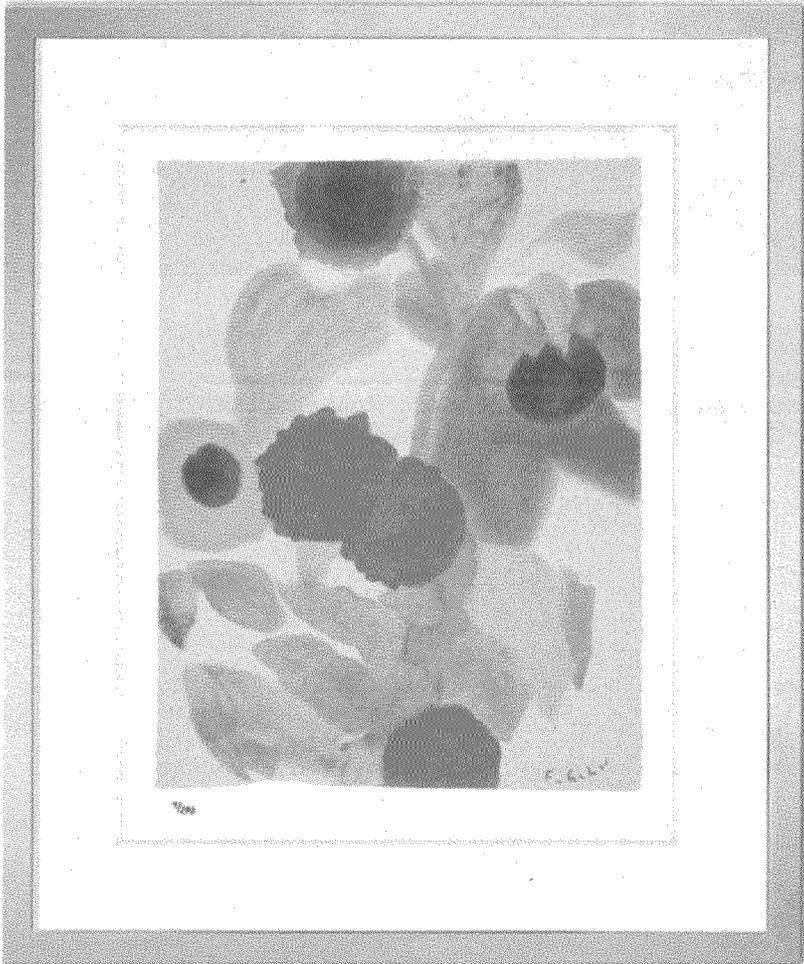
Kunstangebot Ferdinand Gehr für FDP-Leser und -Leserinnen

Zwei seiner zauberhaften Blumenaquarelle als brillante Farbserigraphien in limitierter und nummerierter Auflage. Auch im 2er-Set erhältlich, ungerahmt Fr. 1050.- statt Fr. 1180.-, gerahmt Fr. 1980.- statt Fr. 2200.-

Ferdinand Gehr «Iris und Steinnelken»

Ferdinand Gehr

Ferdinand Gehr (1896-1996) gehört zu den herausragenden Künstlern, die das schweizerische Kunstgeschehen im 20. Jahrhundert entscheidend mitgeprägt haben. Blumenmotive nahmen in seinem Schaffen eine Schlüsselrolle ein. Die Leuchtkraft und die transparente Farbigkeit der beiden Aquarelle konnte nur durch die aufwendige Technik des Siebdrucks in 12 Farben erreicht werden.



Ferdinand Gehr «Sonnenblumen mit Dahlien»



Beide Serigraphien in 12 Farben auf Ingres-Bütten, limitierte Auflage je 290 Ex., nummeriert und drucksigniert. Format ungerahmt 72 x 56 cm.

In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, mit säurefreiem Schrägschnittpassepartout. Format gerahmt 78 x 64,7 cm.



Bestellcoupon für FDP-Leserinnen und -Leser



Gratis für Sie. Ich bin an Kunst interessiert. Bitte senden Sie mir Ihre neuen Kataloge.

Ja, ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht:

Ferdinand Gehr «Sonnenblumen mit Dahlien»

- ART 067 470 001 ungerahmt Fr. 590.-
- ART 067 470 001 WG gerahmt Fr. 1100.-

Ferdinand Gehr «Iris und Steinnelken»

- ART 067 470 002 ungerahmt Fr. 590.-
- ART 067 470 002 WG gerahmt Fr. 1100.-

zusammen im Set

- ungerahmt statt Fr. 1180.- Fr. 1050.-
- gerahmt statt Fr. 2200.- Fr. 1980.-

FDP-Vorzugspreise inkl. MWST, zuzüglich Versand- und Versicherungskostenanteil

Name _____ Vorname _____
 event. c/o _____
 Str./Nr. _____
 PLZ/Ort _____
 (für allfällige Rückfragen)
 Tel. betreffend Auslieferung) P: _____ G: _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Einsenden an: Edition Artefides, Alpenstrasse 1, 6004 Luzern. Ihre Bestellung erreicht uns schnell per Telefon 041 417 20 50 oder Fax 041 417 20 51, E-Mail info@artefides.ch

434 4FDP/1/02 1434